Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Seyfert. Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Amt Dresden Nr. 17239 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Sonntag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags bei der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Mittwoch, den 25. August 1926 — Nummer 186

Unterstützt die englischen Bergarbeiter!

Die englischen Bergarbeiter führen ihren nun schon vier Monate dauernden Kampf mit aller Entschiedenheit fort. Bei rund 1 250 000 streikenden Bergarbeitern fanden sich bisher nach kapitalistischer Rechnung 28 000 Streikbrecher. Gestern mußte die bürgerliche Telegraphenagentur berichten, daß nach einer Tournee des Bergarbeiterführers Cook in den Bezirken von den sich zum Streikbruch bereiterklärten Arbeitern 3/4 die Arbeit nicht aufgenommen haben. Das bedeutet, daß die Front der Bergarbeiter nach wie vor unerschüttert steht. Die deutsche Arbeiterschaft muß sich über das Ausmaß dieses gigantischen Kampfes klar werden. Es geht nicht nur um die englischen Bergarbeiter, sondern um die gesamte internationale Arbeiterschaft. **Eine Niederlage der englischen Bergarbeiter wird Lohndruck und Arbeitszeitverlängerung in allen übrigen Ländern zur Folge haben.** Um zu siegen, hungern die Bergarbeiter mit Frau und Kind. Was geschah bisher in Deutschland? Außer der Sammelaktion der Internationalen Arbeiterhilfe unternahm das deutsche Proletariat nichts, den Heldenkampf der englischen Bergarbeiter zu unterstützen. **Rund 600 000 Tonnen Kohle wandern als Streikbrecherkohle Monat um Monat von Deutschland nach England.** Die Kohlenförderung in Deutschland steigt. Während im **Januar 11 190 000 Tonnen gefördert wurden, stieg** die Förderung bis zum Juni auf **11 760 000 Tonnen.** Der Wert der ausgeführten Kohlen stieg vom April bis Juni umgerundet das Doppelte. Während im **April für 33,9 Millionen Mark Steinkohle** ausgeführt wurde, betrug die Ausfuhr im Juni 67,8 Millionen Mark. Mit diesen ungeheuren Kohlenmengen hilft man den deutschen Kapitalisten, besondere Profite zu schinden, und den englischen Kapitalisten, den Sieg über die englischen Proletarier zu erringen. Noch haben die deutschen Gewerkschaften nichts unternommen, um ernsthaft und entschieden in den Kampf der englischen Bergarbeiter einzugreifen. Monatelang haben sie nicht einmal eine finanzielle Unterstützung durchgeführt. Fast ausschließlich das russische Proletariat unterstützt die englischen Bergarbeiter. Die gesammelten Summen betragen viele Millionen Rubel. Der Gesamtbetrag, den die deutschen Gewerkschaften zum Streik für die englischen Arbeiter sammelten, beträgt die lächerlich geringe Summe von rund **181 000 Mark.** Trotzdem Unterstützung des Kampfes entfachen die deutschen Gewerkschaften eine wüste Hetze gegen Sowjetrußland, schüren sie in ihren Gewerkschaftszeitungen die nationalen Gegensätze. Die Gewerkschaftsführer sind die Agenten und Helfershelfer der internationalen Kapitalisten. Die Arbeiterschaft muß dazugehen, endlich den Kampf auf internationaler Basis gemeinsam zu führen. Haben die deutschen Arbeiter auch nur den geringsten Nutzen davon, daß sie jetzt für die Grubenbarone schanzen und ihren englischen Genossen in den Rücken fallen? Gewiß sind im Ruhrgebiet die gefürchteten Entlassungen in großem Umfange noch nicht vorgenommen worden, aber der Stand von 45 000 erwerbslosen **Bergarbeitern, darunter 10 000 Hauer,** über 45 Jahre, die nie wieder eingestellt werden, ist bestehen geblieben. Die Förderung der Kohle seit Januar ist gesteigert, die Arbeiterzahl aber ständig zurückgegangen. **Ende Januar betrug** die Arbeiterzahl **388 815, Ende Mai 365 234 und Ende Juni** 366 357. Man sieht also trotz des Anfeigens von Mai zu Juni gegenüber Januar einen starken Rückgang der Belegschaft. Nimmt man demgegenüber noch das Verhältnis von 1913, so ist der Rückgang der beschäftigten Bergarbeiter noch viel größer. Im Juni 1913 war die Belegschaft **420 300 Mann.**

Die Kapitalisten haben also das Rationalisierungsdiktat im Ruhrbergbau durchgeführt. Auf Kosten der Ausbeutung der Arbeiter haben sie den englischen Streik ausnutzen können, um große Profite zu gewinnen. Die günstige Lage bei Beginn des englischen Streiks, bei der man mit dem Anwachsen der deutschen Kohlenproduktion unbedingt rechnen mußte, wurde von den Amsterdamer Gewerkschaften nicht ausgenutzt. Erst jetzt, wo der englische Streik in ein kritisches Stadium getreten, hat der Bergarbeiterverband seine Forderung überreicht. Inzwischen haben aber die deutschen Bergbarone soviel Kräfte gewonnen, daß sie die Forderung der Bergarbeiter mit Hohn und Spott zurückweisen. Sie verlangen entgegen den Forderungen der Arbeiter eine Herabsetzung der Löhne, eine Verlängerung der Arbeitszeit. Die Zurückschlagung dieses Vorstoßes der Grubenbesitzer kann nur erfolgen, wenn die deutschen Arbeiter das Versäumte sofort nachholen und den Streik der englischen Bergarbeiter noch entschieden unterstützen und auf eine internationale Basis stellen.

Die erste Aufgabe der deutschen Arbeiter ist es jetzt, sofort für eine genügende finanzielle Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu sorgen. Die jetzt endlich wieder aufgenommene Sammeltätigkeit muß von den Arbeitern im Betrieb selbst gründlich durchgeführt werden, da die Gewerkschaftsbürokraten auch jetzt noch eine ernsthafte Unterstützung sabotieren. Darüber hinaus jedoch müssen die Arbeiter in ihren Gewerkschaftsversammlungen zum englischen Streik Stellung nehmen und die Einstellung der Kohlentransporte verlangen.

Keine Streikbrecherkohle nach England!
Internationale Kampfsolidarität!
Kampf gegen die Kapitalisten!

Die Bergarbeiter halten durch

Polizeieinsatz für Unternehmergewinn.

London, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem Cook und andere Bergarbeiterführer aus den Bergarbeiterrevieren zurückgekehrt sind, erklären sie, daß es ihnen gelungen ist, die Verwirrungsarbeit der Unternehmer, mit der sie einen kleinen Teil der Bergarbeiter zur Arbeit gelockt hatten, zu durchkreuzen. Überall wurden Bergarbeiterversammlungen abgehalten und Resolutionen für die Weiterführung des Kampfes und gegen jede Konzession angenommen. Die Bergarbeiter, die in einigen Bezirken durch die Vorspiegelungen der Unternehmer zur Wiederaufnahme der Arbeit bewogen wurden, haben jetzt die Arbeit wieder niedergelegt. Die Meldungen über die Zahl der Arbeitswilligen sind übrigens, wie die Bergarbeiter feststellen konnten, von der bürgerlichen Presse aus Propagandagründen stark übertrieben. In den Streikbezirken geht die Polizei brutal vor. Man entfaltet eine wüste Hetze gegen die Bergarbeiter, die sich angeblich mit „Stöcken bewaffnet" haben. Die bürgerliche Presse meldet, daß verschiedene Ortschaften Verstärkung der Polizei gefordert haben, da die Türen der Arbeitswilligen mit Drohungen in Kreideschrift beschrieben werden. Heute tritt der Kronrat zusammen, der Beschlüsse des Parlaments, das für Montag einberufen, vorberaten soll. Das Parlament soll nur zwei Tage zusammenkommen um den Notstandsverhandlungen seine Sanktion geben.

„Schluß mit der Lüge vom Klassenkampf"

Das Programm der sozialfaschistischen ASPS

Am letzten Freitag fand in Dresden eine öffentliche Versammlung der ASPS statt, in der Nieksch, der Chefredakteur des „Volksstaats", über das Thema **„Sozialdemokratie und Staat"** sprach. Die Rede Nieksch', über die der „Volksstaat" sehr ausführlich berichtet, ist in mehrfacher Hinsicht äußerst interessant. Einmal unterstreicht sie den **sozialfaschistischen, nationalsozialistischen Charakter der ASPS,** zum anderen enthält sie sehr bemerkenswerte Ausführungen über die **Politik des SPD-Parteivorstandes,** die in derselben Linie liegen, wie die „Kritik", die Wehhle in seinem Brief an Wels (März dieses Jahres) an der Politik des Parteivorstandes übte. Wehhle beschuldigte damals den Parteivorstand, daß er **den „Stimmungsströmungen der Massen" allzu sehr Rechnung trage und nicht den „Mut" und den „festen Willen" habe, ihnen „mit Energie entgegenzutreten",** daß ihm also **eine „feste willensstarke Führung" fehle,** die seine Politik ohne Rücksichten an die Stimmung der oppositionellen Arbeiter durchzusetzen. Daraus seien auch die vielen Schwankungen in der Politik des Parteivorstandes zu erklären.

Nieksch gab diesem Gedankengang eine umfassende theoretische Grundlage. Er beginnt den grundsätzlichen Teil seiner Rede mit folgenden Ausführungen:

„Eine kommunistische Zeitschrift, „Die Internationale", äußerte sich einmal bei Besprechung meiner Schriften sinngemäß: Mein Kennzeichen sei, daß ich **die Theorie der sozialdemokratischen Praxis** gebe. Aber die sozialdemokratischen Führer könnten **unter gar keinen Umständen erlauben,** daß man **unverschleiert** den Sinn ihres Tuns erfasse und den Arbeitern auch noch zum Bewußtsein bringe. Nach **meinem Dafürhalten** war das ganz gut gesagt. Es ist seit Jahren das Wesen der sozialdemokratischen Politik: **Das Notwendige war zu tun, aber immer ein schlechtes Gewissen dabei zu haben.**"

Nach dieser allgemeinen und durchaus richtigen Charakterisierung der Politik des SPD-Parteivorstandes gibt Nieksch einen geschichtlichen Rückblick, um seine These zu beweisen:

„Schon lange vor dem Kriege hatte die SPD in ihrer Praxis sich den staatspolitischen Erfordernissen angepaßt. ... Diese **staatspolitische Praxis** trat in aller Schärfe am **4. August 1914** hervor. In dem Augenblick, in dem das Dasein des deutschen Staates gefahrdrohend bedroht war, wurde die gesamte deutsche Arbeiterschaft von einem einheitlichen Impuls ergriffen. Da zeigte sich, wie der Staat ein **„Gebilde der Natur"** ist, etwas ganz Elementares, das, in den Stürmen der Not, immer doch den Menschen ganz unmittelbar packt."

Die Kriegspolitik der SPD ist also für Nieksch das Musterbeispiel „staatspolitischer Praxis", da die SPD, allen sichtbar, **die nationalen Interessen über die Klasseninteressen stellte und „ein Sozialdemokrat das nationalste aller Lieder sichtete".** Aber

„... daß die Sozialdemokratie im Verdacht gestanden hatte, **staatsfeindlich** zu sein, **rächte** sich jetzt in ihrer Politik. In vielen Tagen des Unglücks hielt sie es, aus einer inneren Unsicherheit heraus, immer für notwendig, durch besondere Geschäftigkeit zu beweisen, daß sie national denke. Das hinderte sie daran, als eine Opposition, der niemand die nationale Zuverlässigkeit hätte absprechen können, nach Kräften für eine klügere Kriegspolitik wirksam zu werden, als es die der kaiserlichen Regierung war."

Nieksch bestätigte dann, daß die SPD ihre „staatspolitische Praxis" auch nach dem Kriege fortsetzte:

„Nach dem Zusammenbruch von 1918 hätte sie **die Möglichkeit gehabt, die staatsverneinende Theorie zu verwirklichen.** Sie hätte den deutschen Staat zertrümmern können. Sie tat das Gegenteil. Sie bemühte sich, ihn zu erhalten **trotz seiner bürgerlich-kapitalistischen Struktur;** sie ließ Empörer niederwerfen, **die über den bürgerlich-kapitalistischen Staat hinwegkommen wollten;** einzelne Sozialdemokraten, wie zum Beispiel der ehemalige Ministerpräsident Hirsch, **nahmen aus bürgerlichen Händen Gelder zur Bekämpfung des Bolschewismus.** Diese Linie setzte sie fort in der Koalitionspolitik, in dem Ausbau der Weimarer Verfassung. Das jeweilige Ausscheiden aus der Koalition **bedeutete niemals einen Bruch mit ihren staatspolitischen Neigungen;** sie stand immer außerhalb der Koalition **mit der Absicht, möglichst bald wieder hinein zu dürfen.**"

Die linken Führer glossiert Nieksch mit folgenden Worten:

„Es gab einen Flügel, der sich jetzt um Levi gruppiert, der immer von der schärfsten Opposition redete; aber das **war niemals so schlimm gemeint.**"

Ueber die gegenwärtige Politik der SPD sagt Nieksch folgendes:

„Man sieht ein, daß die gegenwärtige Stellung geradezu komisch ist. **Man trägt die Verantwortung für die Regierung und hat doch nicht den mindesten Einfluß auf sie.** Der Volksentscheid hat die Erfüllung der Koalitionsgelüste etwas verzögert; aber schon sind Kräfte am Werk, die dem notwendigen Kompromiß zusteuern. Bei dieser praktischen

Vertrieb kommunistischer Literatur ist Hochverrat

Heraus zum Protest gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit!

Die Verfolgung der KPD, die Unterdrückung der kommunistischen Literatur nimmt immer krassere Formen an. Jetzt geht die Klassenjustiz dazu über, einen Generalangriff gegen die kommunistischen Buchhandlungen und Verlagsanstalten durchzuführen. Schon vor einiger Zeit war bekanntlich im Erzgebirge eine Genossin wegen Vertriebs verbotener Literatur wegen Hochverrat verurteilt worden. Neuerdings will man jede Herausgabe von Schriften, die nachträglich verboten werden, wegen Hochverrat belangen. Der Buchhändler der hiesigen Buchhandlung, Genosse Oswald Groß, war gestern zu einer Vernehmung beim Amtsgericht. Dort wurde ihm eröffnet, daß man einen Prozeß wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet habe, weil man anläßlich der Beschlagnahme verfallene Literatur bei ihm gefunden habe. Darin sei der Tatbestand des fortgesetzten Hochverrats zu erblicken. Die beschlagnahmte Literatur war dem Genossen Groß von den Verlagsanstalten, bevor das Verbot derselben ausgesprochen, zugesandt worden. Gleich nach Ausspruch der Verbote setzte die polizeiliche Beschlagnahmeaktion ein, ohne daß die Buchhändler etwas von dem Verbot der Literatur erfahren haben. Wenn jetzt deswegen ein Hochverratsverfahren eingeleitet wird, dann bedeutet das, daß kommunistische Literatur in Zukunft überhaupt nicht mehr erscheinen könnte, weil weder der Autor, die Verlagsanstalt, noch der Buchhändler bei der Klassenjustiz wissen kann, was sie jetzt als Hochverrat auslegt. Das ungeheuerliche Vorgehen der Klassenjustiz muß auf den schärfsten Protest der gesamten Arbeiterschaft stoßen. Dieses Vorgehen bedeutet eine bis dato unübertroffene Unterdrückung der freien Meinung, wie sie selbst im wilhelminischen Deutschland nicht der Fall war. Die faschistische, reaktionäre Klassenjustiz führt den Kampf gegen den Marxismus und Leninismus mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln unter dem Bruch von Verfassung und Gesetzen. Die Arbeiterschaft sahn aus diesem Vorgehen erneut ersehen, welchen Wert demokratische Gesetzesbestimmungen haben. Jetzt gilt es, einheitlich und geschlossen den Angriff der Reaktionäre zurückzuschlagen.

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Verlag „Siva" erschienen heute Kriminalbeamte, um die neu erschienene, militärisch-politische Zeitschrift „Oktober" zu beschlagnahmen. Die Haussuchung verlief ergebnislos.

Politik aber wird auch gegenwärtig noch alles getan, um den Massen zu verbergen, was sich wirklich ereignet. Man scheut nichts mehr als: auszusprechen, was ist. „Die kleinen Funktionäre laufen im Lande umher und geben noch immer alte, graue Theorien zum besten: die Sozialdemokratie sei eine Klassenkampfpartei; der Staat müsse absterben, der Staat sei ein Unterdrückungsinstrument für die Arbeiterschaft, den man bis aufs Messer bekämpfen müsse. Mit diesen Theorien bringt man die Massen in eine Stimmung der Radikalisierung, der die Führer niemals mit offenen und klaren Worten entgegenzutreten gewagt haben."

Niekisch macht der Bourgeoisie den Vorwurf, daß sie durch ihren „maßlosen Machtgebrauch" in früheren Jahren (Sozialistengesetz usw.) verschuldet habe, daß die „unglückselige Theorie" vom Klassenkampf und vom Unterdrückungscharakter des Staates auch heute noch nicht ganz überwunden sei, so daß nicht erkannt wurde, daß der Staat „die Form ist, in der ein Volk überhaupt sein politisches Leben lebt", was die Macdonald, Boncours bereits begriffen hätten. „Der Staat sei eine „Gegebenheit", die die Arbeiterschaft erobern, aber nicht zertrümmern solle".

Diese antimarxistische Theorie habe ihre festeste Stütze in den Gewerkschaften und Genossenschaften:

„Die Einsicht in die enge Verbundenheit des Arbeiters mit dem staatlichen Dasein lebte auch immer in den Gewerkschaften und Genossenschaften. Von daher kamen die Meinungsverschiedenheiten mit der Partei. Man wußte in den Gewerkschaften, daß man den Staat nicht ablehnen könne, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, als unzuverlässig überall ausgeschaltet zu werden. Die Massenorganisation der Sozialdemokratie verschaffte deshalb der Arbeiterschaft niemals wirkliche Geltung, weil nicht von vornherein immer feststand, daß sie staatspolitisch zuverlässig sei. Wer von vornherein als Staatsfeind gilt, wird im Kampfe um die staatliche Macht von allen Seiten her angefeindet und zurückgedrängt. So war es politische Unklugheit von der Sozialdemokratie, den Anschein der Staatsfeindlichkeit doch niemals ganz zu beseitigen. Zeitweise hat die Sozialdemokratie sogar der staatsfeindlichen Strömung ganz die Zügel überlassen; sie tat das vor allen Dingen in letzter Zeit in Sachsen."

Was ist nun der Sinn der Politik der ASPS-[illegible]? Niekisch formuliert:

„Es ist der Sinn der dreiundzwanziger Bewegung, aus dieser unfruchtbaren Zweideutigkeit heraus zu wollen. Ueber die Frage, ob der Staat sein soll oder nicht, besteht kein Zweifel. Die staatspolitischen Notwendigkeiten sind zu erfüllen. Das soll nicht bloß gemacht, sondern auch gesagt werden."

Niekisch betont dann, daß die praktische Politik Noskes, Severings und auch — des „Linken" Lipinski (!) diesen staatspolitischen Notwendigkeiten am besten entsprochen habe, da sie die Unterdrückungsinstrumente der bürgerlich-kapitalistischen Republik schufen und gegen die Arbeiterschaft verteidigten:

„Solchen staatspolitischen Notwendigkeiten hatte Noske Rechnung getragen, als er die Reichswehr schuf, dieselbe Reichswehr, der die sozialdemokratischen Blätter so unendlich viel Ungünstiges nachreden. Severing und Lipinski mit ihrer Polizeitaktik trugen ihnen gleichfalls Rechnung. Dies zu tun war kein Arbeiterverrat, sondern politische Selbstverständlichkeit."

Zum Schluß macht Niekisch dem deutschen Republikanismus den Vorwurf, daß er sich „mit manchen staatsfeindlichen Stimmungen verband, so z. B. mit dem überspitzten Pazifismus". Demgegenüber betont Niekisch die Notwendigkeit eines Bündnisses mit dem Nationalismus, das durchaus keine Absage an einen „gesund empfundenen (!) Internationalismus" sei:

„Man denke daran, wie Gambetta in Frankreich den Radikalismus zu verwurzeln vermochte, daß er ihn mit den nationalen Instinkten verknüpfte. ...

So müssen auch wir den Sozialismus und den Republikanismus mit dem nationalen Lebensgefühlen verschmelzen."

Da haben wir also in seltener Klarheit das ganze „Programm der sozialfaschistischen ASPS, zugleich eine Charakterisierung der Politik des SPD-Parteivorstandes, wie sie treffender nicht von uns Kommunisten gegeben werden könnte.

Los vom Klassenkampf, los vom Marxismus, nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie. Schluß mit allen Halbheiten in der sozialdemokratischen Politik, die den Arbeitern etwas vortäuscht, was gar nicht mehr vorhanden ist! Schenken wir den Arbeitern reinen Wein ein, sagen wir ihnen offen, daß wir eine Partei des kapitalistischen Staates, eine bürgerliche, eine nationale Partei sind. „Das ist das Programm der ASPS, das Programm des Sozialfaschismus.

Welche Lehre sich daraus für die sozialdemokratischen Arbeiter ergibt, die die „Theorie", die Worte ihrer Führer immer noch für bare Münze nehmen, die immer noch glauben, daß ihre Partei eine Partei des Klassenkampfes, die Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts sei und den bürgerlichen Charakter ihrer Partei noch nicht erkannt haben — darüber in einem weiteren Artikel.

Ein Kongreß gegen die proletarische Sammlung

Der Breslauer Katholikentag.

Der Breslauer Katholikentag beweist wiederum, mit welcher Geschicklichkeit die Führer des Katholizismus die verschiedenen Klassen und Schichten des Volkes zusammenzuhalten verstehen, mit Hilfe des „einigenden Bandes des katholischen Christentums". Die Masse, nicht nur der Zentrumsanhänger, sondern der gläubigen Katholiken überhaupt, stellt das Proletariat. Die katholischen Arbeitermassen, die im Betriebe in Verbindung mit ihren Klassengenossen teilweise absolut revolutionär, wie in den christlichen Gewerkschaften ebenfalls stark antikapitalistisch eingestellt sind, werden durch solche Katholikentage fest an ihre Ausbeuter gebunden.

Rein äußerlich wird diese Tatsache bereits durch die Organisation des Breslauer Katholikentages bewiesen. Zu Präsidenten wurden gewählt der Düsseldorfer Landeshauptmann, ein württembergischer Graf, ein Saarbrücker Gewerkschaftssekretär und eine ostpreußische Frau.

Entkleidet man die auf dem Kongreß gehaltenen Ansprachen und Referate der frommen Worte, so bleibt nichts übrig, wie der dauernde Appell an die arbeitenden Massen, Ausbeutung und Entrechtung geduldig zu ertragen, weil nach dem Tode ein besseres Dasein beginne.

Der päpstliche Nuntius Pacelli wandte sich scharf gegen die christentumsfremden und religionsfeindlichen Strömungen, die im steigenden Maße die Volksmassen beeinflussen. Die [illegible] Klassenkampfes sei unsittlich. Die staatliche [illegible] in kapitalistischen Staaten verkörpert „Christi Stellvertreter". Den Irrlehren der modernen Zeit gelte der Kampf des Katholizismus.

Die echt blaublütige Rednerin, die österreichische „Fürstin" Starhemberg, wetterte dann voller Fanatismus gegen die materialistische Lehre, die die Begriffe verwirre und an den Grundpfeilern der Familie und der Gesellschaft rüttele". Die moderne „heidnische Körperkultur", die Verrohung und Verwilderung der Sitten, die Entwicklung von Mode, Tanz, Sport, Turnen, die heutigen Tageszeitungen seien die Totengräber der Zivilisation. Die Zivilehe müßte abgeschafft werden. Die Möglichkeit von Ehescheidung sei durch Gesetz zu beseitigen. Der Mutterschaftszwang (§§ 218/219) müsse bestehen bleiben, da jede „gesetzliche Sanktionierung der Schwangerschaftsunterbrechung Kindermord in seiner feigsten Form sei". Die „Fürstin" fordert schließlich „echt deutsche und echt katholische" Stärke und Unduldsamkeit gegen alle Andersdenkenden.

Ein weltfremder Professor aus Münster wünscht, daß das christliche Sittengesetz der kapitalistischen Wirtschaft aufgepfropft werde. Er fordert, daß die menschliche Arbeit höher bewertet werde, als die Arbeit von Maschinen, denn es sei „schmerzlich und drückend, daß die Lohnarbeiterschaft nicht nur den Besitz materieller Güter, sondern auch die gesellschaftliche Ehre vollständig entbehren muß". Es widerspreche aber auch der christlichen Sittenmoral, wenn man dem Kapitalbesitzer sein Einkommen nicht gönnen würde. Der kapitalistische Profit sei genau so berechtigt, wie ein ausreichender Arbeitslohn für die Arbeiterschaft. Die Durchführung dieser „Probleme" solle dadurch ermöglicht werden, daß auf den Pastoralkonferenzen und in der Predigt von der Kanzel herab die Liebe Kapitalisten und Arbeitern zum Verständnis gebracht werde. (!?)

Außerhalb des eigentlichen Katholikentages fand man auch noch Zeit, eine Arbeiterversammlung abzuhalten. Man hatte wohl gemerkt, daß das professorale Referat über christliche Grundsätze im Wirtschaftsleben den wenigen anwesenden Arbeitern seltsam vorgekommen ist. Stegerwald hielt ein Referat, das für den Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung geradezu jammervoll war. Er entwickelte lediglich den Gedanken der sozialdemokratischen Gewerkschaftler über Wirtschaftsdemokratie weiter fort, indem er die Beteiligung der Lohnarbeiter an der Wirtschaft „in dieser oder jener Form" verlangte. Die Erwerbslosen brauchten absolut nicht zu verzweifeln, da eine große Arbeitsbeschaffungsaktion der Reichsregierung eingeleitet sei. Es sei aber zu wünschen, daß Anleihen für die produktive Erwerbslosenfürsorge aufgenommen würden. Das war alles, was Stegerwald dazu zu sagen wußte.

Der Kongreß sandte ein Telegramm an den Erzbischof von Mexiko, in dem er seine Entrüstung ausspricht über die „Verfolgungen der mexikanischen Kirche durch den Staat". Ebenso kennzeichnet den Kongreß ein Telegramm, das dem Reichspräsidenten Hindenburg die unwandelbare Treue und Vaterlandsliebe Deutschlands garantiert.

In einer Entschließung fordert der Katholikentag ein Reichsschulgesetz, das der Bekenntnisschule vollständige Gleichberechtigung mit jeder anderen Schule erhalte. Kein Land soll das Recht haben, die Bekenntnisschule anzutasten. Der Religionsunterricht müsse im Lehrplan der Schulen fest verankert sein und müsse unter allen Umständen innerhalb der Schule erteilt werden. Auch die Berufsschulen müßten unter kirchlicher Kontrolle stehen.

Bereits der bisherige Verlauf des Kongresses zeigt, daß die revolutionäre Arbeiterschaft und ihre Partei alle Kräfte anspannen muß, um die christlich orientierte Arbeiterschaft für ein Kampfbündnis gegen Ausbeutung und Entrechtung zu gewinnen.

So schwer diese Arbeit bei dem ideologischen Nebel, der von solchen Katholikentagen ausgeht, auch ist, sie muß geleistet werden.

Arbeiterin! Für wen

hungern die Frauen und Kinder der englischen Bergarbeiter?

Für deinen Achtstundentag, für deinen Lohn!

Hilfst ihnen, so hilfst du dir selbst!

Arbeiterfrau! Wie hilfst du den Kindern der kämpfenden Bergarbeiter? Du richtest Nähstuben ein und schickst den Kleinen Kleidung und Wäsche.

Die Eisenbahnunfälle

Berlin, 25. August. (Eigener Drahtbericht.) Die bürgerliche Presse wußte gestern abend mit großer Aufmachung zu melden, daß auf der Strecke der Berliner Vororte nach Bernau ein Attentat verübt worden sei. Die „Rote Fahne" entsandte sofort einen Berichterstatter zur Unfallstelle. Es wurde festgestellt, daß der Zug über ein paar Schottersteine, die auf den Schienen lagen, gefahren ist. Von einer Entgleisung kann keine Rede sein. Heute früh mußte die Reichsbahndirektion selbst zugeben, daß der Trick von einem neuen Attentat sich nicht aufrechterhalten läßt. Weiter wird gemeldet, daß auf dem Bahnhof in Helle bei Lübbecke ein Attentat verübt worden sei, indem das Weichenschloß an der Einfahrt des Bahnhofes zertrümmert wurde. Polizeiliche Untersuchungen über das Unglück bei Leiferde sollen soweit gediehen sein, daß die Attentäter jede Minute verhaftet werden können, nur sind sie bis jetzt noch nicht verhaftet.

Die These von den Attentaten wird aufgestellt, um die geradezu verbrecherische Vernachlässigung der Eisenbahnsicherheit im Profitinteresse zu verdecken. Gleichzeitig will die Reichsbahn sich vor Entschädigungen für die Verletzten oder die Angehörigen der Toten drücken.

Wieder ein Eisenbahnunfall

Berlin, 24. Aug. Der Lokalanzeiger meldet aus Wien: Am Sonntag konnte der Berliner Schnellzug D 152 infolge Heißlaufens der Lokomotive die Fahrt nicht fortsetzen. Beim Versuch, den Zug in die Station zurückzuschieben, sprang die Lokomotive plötzlich an, wodurch, besonders in dem letzten Wagen, die Reisenden durcheinandergeschüttelt wurden und mit den Köpfen gegen die Wände stießen. Hierdurch und durch herabfallendes Gepäck wurden 5 Personen leicht verletzt.

Polens Kriegsvorbereitungen

Am Montag fanden unter dem Vorsitz Marschalls Pilsudski Beratungen der Inspekteure der polnischen Armee statt, an denen 12 aktive Generale teilnahmen. Die Beratungen dauerten den ganzen Abend an.

Die Kriegsvorbereitungen Polens gehen also rüstig weiter. Unter englischem Protektorat wird der Aufmarsch gegen Sowjetrußland weiterhin vorbereitet. In Deutschland stimmen Leiße, Niekisch, Severing-Hörsing für die „nationale Verteidigung"; in Genf vollführt man Völkerbundskomödie. Es heißt die Augen aufzuhalten, gegen den Krieg gerüstet zu sein.

Aus der Partei

Am Sonnabend, den 21. August 1926 tagte im Bezirk Magdeburg-Anhalt die Erweiterte Bezirksleitung. An der Sitzung nahmen ca. 35 Genossen teil, davon hatten 25 Genossen Stimmrecht. Nach einem Referat des Genossen Eberlein über die russischen Fragen und die innerparteilichen Angelegenheiten der KPD wurden mit 19 gegen 4 Stimmen, bei einer Stimmenthaltung die Beschlüsse des russischen Zentralkomitees gebilligt, ebenso die Beschlüsse des Zentralkomitees der KPD in bezug auf Ausschluß Maslows und Ruth Fischers aus der Partei. Eine Resolution des Genossen Beyer, die sich mit der politischen Stellungnahme der russischen Opposition solidarisiert und die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen verlangt, wurde mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt.

Achtung! Kommunistische Betriebsräte von Dresden und Umgebung

Heute abend 7.30 Uhr findet im „Bürgerkasino" der erste Informationsabend für die Betriebsräte statt. Ein Vertreter der Z. spricht über:

„Die Aufgaben der Betriebsräte im Rationalisierungsprozeß."

Genossen! Dieser erste Vortrag soll die Einleitung sein für eine Reihe von Informationsabenden, in welchen unseren Betriebsräten mit gutem Material ihre Arbeit im Betrieb erleichtert werden soll.

Es ist also Pflicht aller kommunistischen Betriebsräte, an diesem Abend zu erscheinen. Darüber hinaus fordern wir alle Gewerkschaftsfunktionäre auf, sich an dem Informationsabend zu beteiligen, um ihr Wissen zu bereichern.

Teilnahmeberechtigt sind selbstverständlich alle Parteimitglieder. Partei- und Gewerkschaftsbuch ist mitzubringen.

Bezirksleitung der KPD Ostsachsen
Abt. Gewerkschaften.

Auf frischer Tat

Die Fabrikation der gefälschten Dokumente über die böswillige Tätigkeit der Komintern ist, nach dem anregenden Beispiel der Gentlemen aus der Downing Street in letzter Zeit zu einer Standardproduktion der bürgerlichen Diplomatie geworden. Dieser neue und sehr eigenartige Zweig der „Leichtindustrie" blüht heutzutage, wie kein anderer industrieller Zweig der sich „stabilisierenden" kapitalistischen Wirtschaft. Vor allem herrscht auf diesem Gebiet keineswegs ein Mangel an Fachleuten: der Auswurf des russischen Landes, die emigrierten Weißgardisten, haben endlich erkannt, daß die Produktion von gefälschten Dokumenten ihr wahrer, ihnen von der Vorsehung bestimmter Beruf ist.

Unter diesen Hoflieferanten mehrerer Majestäten und „demokratischer" Polizeibehörden zeichnete sich Druschelowski vorteilhaft aus. Alles wäre gut gegangen, wenn die politischen Vertretungen der Sowjetunion in Berlin und Wien seinem Ruf durch die Enthüllung seiner Tätigkeit nicht geschadet hätten. Dieser Umstand brachte Druschelowski auf den Einfall, alles auf die Karte zu setzen und als „eigener Korrespondent" hochangesehener Zeitungsverleger nach der Sowjetunion zu gehen. Aber just an diesem Punkt versagte die Rechnung.

Wir erfahren jetzt recht interessante Dinge. Wir erfahren z. B. das Geheimnis des Entstehens der Zankoff-Dokumente, die seinerzeit viel Staub aufgewirbelt und „einwandfrei bewiesen" haben, daß die Explosion in der Kathedrale von Sofia von der Komintern organisiert worden war. Wir erfahren, daß der bulgarische Gesandte Popoff oder Angelow (den letzten Namen legte er sich bei den konspirativen Verhandlungen mit Druschelowski bei) Anfang März 1925 diesen von den zu erwartenden April-Unruhen in Bulgarien unterrichtete und ihn aufforderte, ein entsprechendes „Dokument" der Komintern herzustellen. Druschelowski führte diesen Auftrag aus. Er fabrizierte das von dem Besteller gewünschte Dokument, das später von der Regierung Zankoff als Beweisstück in der ausländischen Presse in genauer photographischer Reproduktion veröffentlicht wurde. (Das einzige, was an diesem Dokument echt war, war die echte photographische Reproduktion — des gefälschten Schriftstücks, das, wie jetzt festgestellt werden konnte, die unverkennbaren Schriftzüge Druschelowskis aufwies.)

Unter den zahlreichen sonstigen „materiellen Beweisstücken" für die Schuld der Kommunistischen Internationale fabrizierte Druschelowski Anfang 1926 für die bulgarische Gesandtschaft in Berlin ein Schriftstück, das beweisen sollte, daß das Außenkommissariat die diplomatische Post für den Verbindungsdienst der Komintern mit ihren ausländischen Sektionen benutzt. Im Auftrage der bulgarischen Gesandten verfaßte Druschelowski auf einem gefälschten Formular des Außenkommissariats einen an die bulgarische Kommunistische Partei adressierten Brief, in dem diese aufgefordert wird, an Zankow und Kanassow 215 Dollar („für die Valise") auszuzahlen. In der Folge wurde Zankow im Zusammenhang mit der Explosion in Sofia erschossen. Für seine provokatorische Arbeit erhielt Druschelowski — wie sich jetzt herausstellt — Bagatellen: 50—100 Mark. Die hohen Besteller waren also keineswegs freigebige Leute, soweit es um die Bezahlung dieses Lockspitzels und nicht die Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse ging. Aber Druschelowski wußte trotzdem ein gutes Geschäft zu machen: er verkaufte nämlich ein und dasselbe Dokument gleichzeitig an verschiedene ausländische Gesandtschaften — an Amerikaner, Polen, Engländer usw.

Als Druschelowski auf Veranlassung der Sowjetregierung in Berlin verhaftet wurde, bekam es die bulgarische Regierung mit der Angst zu tun, denn sie hatte allen Grund, peinliche Enthüllungen zu fürchten; der bulgarische Gesandte sprach telephonisch mit dem Polizeikommissar Heller und bat ihn um Freilassung dieses Dokumentenfälschers. Offenbar wurden dabei Erwägungen von höchster internationaler Wichtigkeit geltend gemacht. Und wenn Druschelowski früher von seinen Auftraggebern 50 bis 100 Mark pro Stück erhielt, so verlor jetzt die bulgarische Gesandtschaft auf einmal jeden Sparsinn und zahlte Druschelowski während seiner Verhaftung insgesamt 950 Mark aus; es verdient erwähnt zu werden, daß ihm das Geld persönlich vom Kassierer der Gesandtschaft direkt ins Gefängnis zugestellt wurde.

Derartige Dinge erfahren wir also jetzt über die Abenteuer Druschelowskis und seiner hohen Gönner. Es ist eine peinliche Geschichte für alle jene, die an allen Straßenecken die „Tücken" der Komintern auszuposaunen pflegen. Diese Geschichte ist auch insofern interessant, als sie ein grelles Licht auf das Leben und die Arbeit dieser Helden der modernen demokratischen Diplomatie von durchlauchtigsten Staatsmännern bis zu ihren technischen Helfershelfern wirft.

M. L.

Neues aus Rußland

Das „Steuersystem Sowjetrußlands, von Prof. Dr. Paul Haensel, Moskau. Die im Verlag von Dr. Hans Preiß (Berlin NW. 7) soeben erscheinende deutsche Ausgabe ist eine autorisierte Uebersetzung der bis Ende März 1926 fortgeführten zweiten russischen Auflage. Nicht nur die einzelnen Steuern, ihre Aufbringung und ihr Ertrag, sondern das ganze Finanz- und Wirtschaftssystem Sowjetrußlands werden von einem hervorragenden Sachkenner in historischer und aktueller Betrachtung zustimmend, aber auch nicht ohne Kritik, gewürdigt.

Die moderne Literatur in der Sowjetunion. Jüngst hat sich der Volkskommissar für Bildungswesen, A. Lunatscharski, über die moderne russische Literatur geäußert und dabei ausgeführt, daß in der Jetztzeit der Kampf zwischen den sogenannten „Linken" (Lew) und dem neuen „Nachrevolutionären Realismus" eingestellt sei. Die Literatur orientiere sich immer mehr auf den sozialen Realismus und gebe die Bevorzugung der Form vor dem Inhalt auf. Lunatscharski hält namentlich die Dichtungen der Schriftsteller Besymenskij, Utkin, Scharow, Doronin für gute Leistungen. In der „Belletristik" stellt er den Roman „Zement" von Gladkow an die erste Stelle, weiter von Fedin „Stadt und Jahre". Große Aufmerksamkeit verdiene ferner Pilnjak und Babel. Nicht zu vergessen sei Maxim Gorkis letztes Werk „Der Fall Artamanow", der von der Blüte der russischen Literatur das beste Zeugnis abgebe.

In der dramatischen Literatur sei besonders zu erwähnen „Sturm" von B. Bjelozerkowskij und noch eine Reihe anderer revolutionär-historischer Dramen wie „Gapon", „Alew".

Eine allgemeine Organisationslehre (Tektologie) von A. Bogdanow, Professor an der Universität Moskau, ist jüngst im Verlag Organisation (S. Hirzel, Berlin) erschienen. Die autorisierte Uebersetzung ist von S. Alexander und Rudolf Lang. Der Grundgedanke des Buches fußt auf der Notwendigkeit, die vereinzelten organisatorischen Erfahrungen in eine allgemeine Organisationslehre zu vereinigen.

Zum Andenken Jessenins. Der Staatsverlag gibt in Kürze eine dem Andenken des kürzlich verstorbenen Dichters Jessenin gewidmete Denkschrift heraus, an der die nächsten Freunde des Verstorbenen in erster Linie mitgearbeitet haben. In Kürze erscheint im Verlag des Allrussischen Verbandes der Schriftsteller eine „Gedenkschrift für Jessenin".

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeiterstimme

Nr. 186
2. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

Müssen sich die Arbeiterinnen organisieren und politisch betätigen?

Von A. Lieberasch

Wie notwendig für die Frauen und Mädchen die politische Betätigung in jeder Beziehung ist, zeigt das Wachsen der Frauenarbeit in der Industrie. Im Jahre 1913 wurden in Sachsen 268 802 Arbeiterinnen beschäftigt. Diese Zahl stieg bis zum Jahre 1925 auf 378 604, eine Steigerung um 41 Prozent gegenüber dem Jahre 1913. Das Anwachsen der Frauenarbeit war eine Folge der gesteigerten Technik. Mit der gesteigerten Verbesserung stieg die Ausbeutung und damit die Zahl der Unfälle. Diese betrugen 1913: 23 776. Sie stiegen bis zum Jahre 1925 auf 35 408. Im selben Verhältnis stieg auch die Zahl der tödlich verlaufenen Unfälle von 115 auf 131. Von diesen Unfällen wurde eine große Zahl beschäftigter Frauen betroffen. Neben diesen Gefahren unterliegen die Frauen durch die schärfere Ausbeutung als die Männer auch größeren körperlichen Schäden für sich und die kommende Generation.

Diese Tatsachen im Reichsmaßstab zwingen die Gewerkschaften, nach Abhilfe zu drängen.

Auf den verschiedensten Tagungen hat sich der ADGB und die Verbände mit der Frage beschäftigen müssen, leider haben sie bis jetzt sehr wenig getan, um die aufgestellten Forderungen auch durchzuführen.

Der Textilarbeiterverband hatte sich im Juni 1925 mit einer Eingabe um größeren Schutz für die schwangeren Arbeiterinnen an die SPD gewandt.

Die SPD schwang sich zu einem Ersuchungsantrag auf, in welchem, daß die sächsische Regierung bei der Reichsregierung für gesetzgeberische Maßnahmen wirken solle.

Bereits bei der ersten Beratung zeigte sich, daß der Antrag nur zur Täuschung der Arbeiterschaft gestellt worden war.

Die Regierung ließ durch den Landesgewerberat Dr. Thiele erklären, daß sie bereit sei, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß aber in Sachsen dem Antrage nach größerem Schutz dem Arbeiterinnen bereits Rechnung getragen sei, da man vor drei Jahren eine Aerztin als Gewerbeaufsichtsbeamtin eingestellt habe; außerdem seien die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, Feststellungen über die Einwirkung der Arbeit auf die Mutterschaft zu machen. Unter c) wurde in dem Antrag Schaffung von Sitzgelegenheit am Arbeitsplatz für die Schwangeren, Bereitstellung freundlich eingerichteter Zimmer bei eventuellen Schwächezuständen, Medikamente für die Schwangeren und Einstellung von Fabrikärzten in Großbetrieben oder für eine Reihe Einzelbetriebe verlangt. Dazu erklärte der Regierungsvertreter, die Wünsche gehören zu den Aufgaben der Gewerbeaufsicht. Ein Zwang zur Durchführung ergäbe sich aus der Reichsgewerbeordnung nicht. Diese Erklärung bedeutet die Ablehnung dieses Antrages. Trotzdem gaben sich die Sozialdemokraten mit dieser Erklärung zufrieden.

Bei der Schlußberatung am 17. Dezember 1925 erklärte Krala für die Deutschnationalen, daß für die in dem Antrag aufgestellten Forderungen kein Geld vorhanden sei. Die Wirtschaft vertrüge derartige Ausgaben nicht. Frau Eva Büttner — wegen ihres „proletarischen" Auftretens die „Frau aus dem Volk" genannt — nahm die Deutschnationalen wegen ihrer Stellungnahme in Schutz. Sie anerkannte den guten Willen dieser Leute und erklärte, daß es wohl hauptsächlich die Zahlungsfrage sei, woran die Durchführung scheitere. Dieselbe Frau Eva Büttner hat bei der Beratung von Erwerbslosenfürsorge oder anderen Fürsorgeaufgaben gegenüber dem Elend im Volke immer nur ein höhnisches Lächeln übrig.

Anders sieht es aus, wenn sie als Sprecherin der Altsozialdemokratischen Partei über Kunstsammlungen und alte Kirchen spricht. Bei diesen Dingen spielt die Geldfrage für sie überhaupt keine Rolle. Sie hält es für notwendig, daß die Porzellansammlung in anderen, besseren Räumen untergebracht wird. Ihrer Auffassung nach muß das [illegible] musikhistorische Museum in Köln unter allen Umständen gekauft werden. Die Million, die dafür ausgegeben werden muß, spielt weiter keine Rolle. Ausgaben für Theater und alte Sammlungen sind nach Auffassung der SPD notwendiger, als die Durchführung der Fürsorgeaufgaben.

Die sächsische Regierung hat bisher nichts getan, um die in dem angenommenen Antrag für Sachsen verlangten Schutzmaßnahmen durchzuführen. Sie nimmt Rücksicht auf das Profitinteresse der Unternehmer. Gesundheit und Leben der Arbeiterinnen spielen keine [illegible], sind es doch so viele Frauen und Mädchen.

Diese Tatsachen zwingen die Frauen und Mädchen, einen ausreichenden Schutz für sich und ihre Kinder zu erkämpfen. Als einzelne Person sind sie gegenüber der Macht der bürgerlichen Gesellschaft machtlos. Sie müssen sich mit den übrigen Frauen und Mädchen zusammenschließen und den freien Gewerkschaften beitreten, um Seite an Seite mit den Männern zu kämpfen. Gerade der bisherige Erfolg der Rationalisierung zeigt, was den Frauen und Mädchen eine furchtbare Zukunft [illegible]. Die Männer werden auf die Straße geworfen und ihre Plätze mit Frauen und Mädchen besetzt. [illegible] es dauern, dann fliegen Frauen und Mädchen aus den Betrieben, und sie werden durch Kinder ersetzt.

Bei Durchführung des Kinderschutzgesetzes vom 30. März 1903 wurden 1913: 7499 Kinder in revisionspflichtigen Betrieben festgestellt. 1925 wurden in Handel und Gewerbe, Hauswirtschaft und Land- und Forstwirtschaft [illegible] Kinder festgestellt. 18,4 Prozent aller Schulkinder waren erwerbstätig. Die Folgen dieser Ausbeutung der Frauen und Kinder sind furchtbar für die gesamte Arbeiterschaft. Während der verheiratete Mann als eigentlicher Ernährer der Familie auf der Straße liegt, ab und zu als Gelegenheitsarbeiter betätigt, werden in den Fabriken und in der Heimindustrie Frauen und Kinder ausgebeutet. Sie sind nicht nur billigere, sondern auch willigere und wenig widerstandsfähige Ausbeutungsobjekte für den Unternehmer. Die weitere Rationalisierung wird Frauen- und Kinderarbeit noch ganz gewaltig steigern, die Folgen in gesundheitlicher Beziehung werden viel schlimmere Formen annehmen, als sie bisher jemals in Erscheinung getreten sind.

Neben diesen Folgen in gesundheitlicher Beziehung ist eine andere Folge die Zerschlagung der Ehe. Die erwerbslosen Männer sind nicht mehr in der Lage, eine Familie zu gründen, was sie an Unterstützung erhalten, reicht für den eigenen Unterhalt nicht aus. Es reicht auch nicht aus für die unehelichen Kinder, Alimente zu zahlen. Das Los der Frau ist nicht mehr das der Hausfrau, mit dem Verdienste des Mannes die Bedürfnisse der Familie zu decken und die Kinder zu erziehen, sondern sie ist die des Verdieners für die ganze Familie, so weit sie verheiratet sind. Die ledigen Arbeiterinnen müssen für sich und ihre Kinder den Lebensunterhalt verdienen.

Dabei stehen sie unter dem dauernden Druck der Unternehmer. Niedrige Löhne, Herabsetzung der Akkordpreise, längere Arbeitszeit in jedem einzelnen Betriebe können nur mit Hilfe einer geschlossenen Organisation bekämpft werden. **Deshalb hinein in die Gewerkschaften.**

Aus der Tätigkeit der Parlamente sehen die Frauen, daß bisher nur die Kommunistische Partei wirklich für die Frauen die Gleichberechtigung in jeder Beziehung vertritt, und die Frauen zum Kampfe dafür aufruft, dies zeigt den Frauen und Mädchen auch hier den Weg. Die bürgerliche Gesellschaft wie die sozialdemokratischen Führer haben für die Frauen und Mädchen jederzeit schöne Redensarten. Sobald aber der Schutz der Frauen, Mädchen und Kinder den Profit der kapitalistischen Gesellschaft gefährdet, zeigt sich, was hinter diesen Redensarten ist. Rücksichtslos wird dann Leben und Gesundheit dem Profitinteresse geopfert. Die Folge muß sein, daß die Frauen und Mädchen [illegible] in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Beziehung [illegible] Kommunistische [illegible] Partei stellen und mit [illegible] Kampf der Arbeiter gegen die Bourgeoisie [illegible]. Die Tatsache, daß in dem früher rückständigen Rußland, nach Uebernahme der Macht durch die Kommunisten [illegible] Frau erst zum Menschen werden konnte, zeigt den Frauen und Mädchen, wo ihre wirklichen Interessen als Mensch und Mutter vertreten werden.

Hinein in die freien Gewerkschaften, hinein in die KPD!

Kleinkaliber und RFB-Verbot

Daß die Arbeitslosenziffer nicht sinken wird, geben heute alle bürgerlichen Parteien und Zeitungen zu. Daß die Arbeitslosigkeit, das damit verbundene Massenelend, die Preissteigerung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel nicht geeignet sind, als stabile Grundlage kapitalistischer Ruhe und Ordnung zu dienen, ist der Bourgeoisie klar.

Sie muß deshalb gegen die Arbeiterklasse rüsten, muß schon heute alle Vorbereitungen treffen, um bei kommenden Auseinandersetzungen gewappnet zu stehen. Sie versucht eine Einheitsfront aller Bourgeoisie zu bilden, die — neben die einzelnen Schichten der Bourgeoisie auch untereinander Differenzen haben — imstande ist, die Arbeiterklasse und ihre Führerin, die Kommunistische Partei, zurückzuschlagen.

Wir berichteten schon vor einigen Tagen über die gesteigerte Tätigkeit der faschistischen Verbände. Ehrhardt und Hitler gehen Gelder sammeln bei der Schwerindustrie.

Nebenher geht das Bestreben der sogenannten „Vaterländischen Verbände" und der Deutschnationalen, einen Einheitsblock gegen den „Bolschewismus" zu schaffen. So hat der Landesparteitag der Deutschnationalen in Wesermünde entsprechende Entschließungen angenommen, nachdem die ehrenwerten Macher des Bürgerblocks bei der Präsidentenwahl, die Herren Gayl und Jarres, einen Aufruf zur Sammlung losgelassen hatten. In Sachsen haben sich die „Vaterländischen" an die „staatsbürgerlichen" Parteien gewandt.

Hand in Hand mit dieser „Sammlung" geht die Aufstellung bewaffneter Kräfte der Konterrevolution. Die Kleinkaliberschützen üben vorläufig an toten Zielen, um später desto besser die lebenden, nämlich die Arbeiter, treffen zu können. Scheinbar nimmt dagegen die demokratische Presse Stellung, und wer oberflächlich urteilt, könnte annehmen, daß die sogenannten Parteien der Mitte gegen die „Sammlung der staatsbürgerlichen Kräfte" seien. Das ist falsch.

Im „Berliner Tageblatt" wird gegen den Kleinkalibersport zu Felde gezogen. Wir lesen da:

„Die Kleinkaliberbüchsen, die Geschosse mit einem Durchmesser von nur 5,6 Millimeter verfeuern, sind keine Sportwaffen. Niemand kann auf die Idee kommen, in diesen leichten Flinten, die etwa 8 Pfund wiegen, eine Militärwaffe sehen zu wollen; für einen Kampf gegen den „äußeren Feind" kommen diese Feuerrohre nicht in Frage. Andererseits steht fest, daß die Kleinkaliberbüchsen für gewöhnliche Verhältnisse als gefährliche Waffen anzusehen sind. Man kann mit dem leichten Kleinkalibergewehr auf 200 Meter Entfernung töten und auf 400 Meter noch sehr erheblich verletzen. Auch ist selbstverständlich die Treffsicherheit dieser Waffe infolge des langen Laufes und der Visiereinrichtung größer als die einer Selbstladepistole oder eines Revolvers. [illegible] kommt dazu, daß diese Waffe und die dazu gehörige Munition von verschiedenen bekannten und leistungsfähigen Waffenfabriken in großen Mengen zu relativ billigen Preisen auf den Markt geworfen werden, und daß mehrere große Organisationen, darunter auch die Zentrale der Vereinigten Vaterländischen Verbände, sich mit der [illegible] Einführung der Waffe sehr eifrig befassen."

Diese Kennzeichnung des „Wehrsports" ist zweifellos richtig. Die Kleinkalibrigen sind Waffen „für gewöhnliche Verhältnisse", sind Waffen gegen den „inneren Feind", die Arbeiterschaft. Aber das „Berliner Tageblatt" [illegible] gegen den Kleinkalibersport [illegible] der Arbeiterklasse [illegible] Artikels im „Berl. Tagebl." [illegible] Kleinkalibrigen Arbeiter [illegible] organisationen [illegible] neuen [illegible] Verbot des RFB [illegible] „Tageblatt":

„Die [illegible] und die „politischen" Verbände geben in ihren Kundgebungen offen zu, daß es ihr Ziel sei, die politische Macht an sich zu reißen. Sie arbeiten daran, einen „Staat im Staate" zu bilden, der so stark gemacht werden soll, daß er die demokratisch-republikanische Staatsform zu stürzen vermag. Auf der anderen Seite wurde der „Rote Frontkämpferbund" als Kampftruppe der Kommunistischen Partei aufgestellt. Dank der Tätigkeit dieser Verbände ist es in Deutschland zu einer Militarisierung der Politik gekommen. Die Erinnerung an das Jahr 1923 zeigt, wie weit diese Pläne zu einer Ueberrumpelung der Republik gediehen waren. Die Kräfte, die damals mobil waren, sind heute noch am Werk."

Der demokratische Schmock behauptet kühn und frech, daß der RFB mit den Kleinkalibrigen vaterländischer Couleur auf eine Stufe zu stellen sei, daß auch er sich in „Kleinkalibersport" übe. Diesen frechen Schwindel hat das „Berliner Tageblatt" nötig, um zu folgenden Forderungen zu kommen:

„Hier kann nur eine grundsätzliche Aenderung der gänzlich veralteten vereinsgesetzlichen Bestimmungen Abhilfe bringen. Es ist für ein geordnetes Staatswesen mit demokratischer parlamentarischer Verfassung ein Unding, daß der politische Kampf nicht mehr als Kampf der Meinungen, sondern als Kampf politischer Sturmabteilungen und Windjackenkompagnien mit Knüppeln und Feuerwaffe ausgetragen wird. Eine wirkliche Sicherung des Staates und eine Abwendung des Bürgerkrieges kann nur dann erreicht werden, wenn grundsätzlich und von Gesetzes wegen alle Organisationen verboten werden, die die Durchsetzung politischer Ziele durch militärisch organisierte Verbände erreichen wollen.

Was notwendig ist, ist die Ausgestaltung der vereinsgesetzlichen Bestimmungen nach der Richtung, daß grundsätzlich alle Organisationen, die sich mit Fragen der Tagespolitik beschäftigen, die Aufstellung geschlossener, uniformierter, disziplinierter und durch besondere Gehorsamsverpflichtung verbundener Formationen grundsätzlich verboten werden."

„... Der Reichsminister des Innern hat in seiner Verfassungsrede das Werk von Weimar den Sieg des deutschen Selbsterhaltungswillens genannt. Dieser selbe Selbsterhaltungswille fordert heute, daß den auf den Bürgerkrieg hinarbeitenden Organisationen rechts und links endlich das Handwerk gelegt wird."

Das ist der Schrei nach der Behörde, der Polizei, der Ruf vom „drohenden Bürgerkrieg" (die „Vaterländischen" setzen dafür „Bolschewismus"). Der Ruf nach dem Verbot aller Organisationen „rechts und links" ist nur Demagogie, die verdecken soll, daß in Wirklichkeit eine Organisation der klassenbewußten Arbeiter, der RFB, unterdrückt werden soll. Dazu muß auch die Unterstellung, der Schwindel von der Bewaffnung des RFB durch Kleinkaliber herhalten.

Und schon hat der Ruf nach den Behörden Erfolg gehabt. Reichsinnenminister Külz ruft die Polizei-, also Innenminister, der einzelnen Länder zusammen. Es wird eine wichtige Besprechung sein, denn auf der Tagesordnung stehen zwei Fragen. Erstens die Kleinkalibrigen und dann das Koalitionsrecht und neue Verordnungen dazu. Das zeigt, wohin der Weg geht.

Darüber ist sich doch jeder klar, daß die Vaterländischen Verbände, die wirklich die Waffen besitzen, durch ein Verbot nicht getroffen werden.

Praktisch fordert die demokratische Presse das Verbot des RFB, praktisch stellt sie sich in eine Reihe mit den „staatsbürgerlichen" Kräften, die zur „Abwehr des Bolschewismus" aufrufen.

Die Arbeiterschaft muß diesen Rüstungen gegenüber ihre eigene rote Front herstellen.

Hetze gegen die Roten Frontkämpfer

Die bürgerlichen Parteien entfalten eine wilde Hetze gegen den Roten Frontkämpferbund. Schon vor einiger Zeit verbreiteten [illegible] Ueberfall auf den Schriftleiter einer nationalsozialistischen Zeitung in Frankfurt. Heute bringen die [illegible] Zeitungen dieselbe Mitteilung noch einmal als neueste [illegible] erklären sie, daß der Ueberfallene [illegible] 15—20 Frontkämpfer die Täter [illegible]. Der ganze Schwindel wird nur aufgezogen, um den Roten Frontkämpferbund zu unterdrücken. Das gewaltige Anwachsen der Roten Frontkämpferbewegung [illegible] die Bourgeoisie [illegible] Klassenorganisation. Teilweise ergeben [illegible] Behauptungen gegen den RFB [illegible] Unterstützung [illegible] Arbeiterbewegung [illegible] Organisation [illegible] veranlassen [illegible]. Kein [illegible] Schwindel [illegible] Ueberfall auf einen [illegible] Redakteur [illegible] Franz [illegible] RFB [illegible] Hetze [illegible] Arbeiterschaft [illegible] abzuwehren wissen.

Die Diktatur der Richter

Ein unerhörter Vorstoß deutscher Klassenrichter

In der „Deutschen Richterzeitung" vom 15. Juli veröffentlicht der Greifswalder Universitätsprofessor Geh. Justizrat Dr. Stampe einen Artikel „Oberstes Staatsziel und Einzelgesetz", worin er ganz offen die Selbstherrlichkeit des deutschen Klassenrichters über allen Gesetzen und über die Verfassung proklamiert. Nach Stampe sei oberstes Staatsziel die Ermöglichung eines wirtschaftlich erträglichen und sittlich befriedigenden Zusammenlebens der Staatsangehörigen, und die Gesetze seien nur Werkzeuge zu diesem Zweck. Was dem obersten Staatsziel dient, darüber zu befinden habe allein der Richter; das Parlament habe dazu nicht die nötige Urteilskraft. Stampe erklärt wörtlich:

„Hieraus folgt nun, daß der Satz, der Richter sei an das Gesetz gebunden, unmöglich unbedingte Geltung beanspruchen kann. Gebunden ist der Richter ... schlechthin an jenes oberste Ziel des modernen Kultur- und Rechtsstaates. Gerade die unbedingte Bindung an jenes oberste Ziel führt aber notwendig dazu, daß man dem Richter die Freiheit zugestehen muß, nach pflichtmäßigem Ermessen selbst zu entscheiden, ob ein Gesetz ... als solches tauglich sei, und die Verwendung des von ihm untauglich befundenen Werkzeuges zu verweigern."

Das sind nicht etwa nur rein akademische Darlegungen, sondern Stampe zieht zugleich die konkreten Folgerungen. Stampe ist der Meinung, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit der Richter diese Selbstherrlichkeit besitzen müsse, da in den Parlamenten „der Sinn für die Notwendigkeit, jenes oberste Staatsziel zu verfolgen, zu wenig entwickelt" sei:

„Gerade in solchen Staatswesen ist jene Freistellung des Richters von der Befolgung des Einzelgesetzes besonders nötig. Die jetzt geplante Enteignung der deutschen Fürstenhäuser durch Volksentscheid ist ein klares Beispiel dieser Art ... Ist der Gesetzgeber solcher Schritte fähig, so muß sich der Richter ihnen gegenüber auf seine Pflicht zur Wahrung des obersten Staatszieles besinnen. Der Umstand, daß ein solches Gesetz mit verfassungsändernder Mehrheit beschlossen würde, ist dabei für den Richter nicht maßgeblich."

Solche Stampes bilden den Nachwuchs der deutschen Richter heran, und es nimmt daher kein Wunder, daß die deutsche Justiz nicht nur in der Frage der Fürstenansprüche, sondern in allen juristischen Fragen sich frech über die Bedürfnisse der Volksmassen und über die Beschlüsse selbst von Parlamenten hinwegsetzt, soweit diese Beschlüsse den Klassenrichtern nicht in den Kram passen. Allerdings hat noch niemand den reaktionären Absolutismus des Richters so offen proklamiert, wie dieser Greifswalder Stampe.

Was geht im ADGB-Ortsausschuß Chemnitz vor?

Geheime Fraktionssitzungen — Der Verräter Franz soll wieder Abgeordneter werden

Am Donnerstag, den 19. August fand im „Volkshaus" eine geheime Fraktionssitzung aller nichtkommunistischen Delegierten des Chemnitzer Ortsausschusses des ADGB statt. Die Sitzung war von Siegnoth, dem Vorsitzenden des Ortsausschusses, einberufen worden. Die Einladung erfolgte durch den Apparat und das Material des Ortsausschusses. Beraten wurde die Angelegenheit Franz in Verbindung mit der bevorstehenden Landtagswahl. Die rechte Führerclique der SPD will dem aus der SPD ausgeschlossenen Verräter Franz unter allen Umständen seine Futterkrippe sichern und ihm wieder ein Landtagsmandat zuschanzen. Der Ortsausschuß, aus dessen Leitung der Renegat Franz noch immer nicht hinausgeworfen worden ist, soll Franz den Steigbügel halten. Auch Siegnoth gibt sich dazu her.

Hinter dem Rücken der Gewerkschaftsmitglieder und der kommunistischen Delegierten des Ortsausschusses wird also von den rechten SPD- und Gewerkschaftsführern ein hinterhältiges Schachergeschäft betrieben. Die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter in den Gewerkschaften müssen das verhindern. Der Ortsausschuß muß sofort zusammentreten, damit in das geheimnisvolle Treiben der Franz-Freunde hineingeleuchtet wird. Macht Schluß mit dem Skandal, daß ein offener Verräter und Mitglied der nationalsozialistischen ASPS sich noch länger als Vertreter der Arbeiterschaft aufspielen kann

Die englischen Bergarbeiter kämpfen weiter

Die Telunion meldet aus London: Die Propagandareise des Generalsekretärs der Bergarbeiter, Cook, während des Wochenendes nach den vom Abfall bedrohten Bezirken hat bewirkt, daß sich ein großer Teil der Bergarbeiter, der sich bereits Sonnabend zur Wiederaufnahme der Arbeit hatte eintragen lassen, diese Absicht fallen gelassen hat. Von den rund 20 000 Mann, die sich am Sonnabend haben einschreiben lassen, sollen etwa 6—8000 Mann ihr Vorhaben verwirklicht haben. Cook verbrachte gestern nahezu 12 Stunden mit Propagandareden, in denen er immer wieder darauf drang, daß die Bergarbeiter nicht mehr als 7 Stunden arbeiten dürften. Wie verlautet, steht die Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt, daß für sie absolut kein Grund vorliegt, zu intervenieren.

Dresden

25. August 1913: Sozialdemokratischer Parteitag in Jena. — 1900: Friedrich Nietzsche, Philosoph, in Weimar gest. — 1830: Revolution in Belgien. — 1822 Friedrich Wilhelm Herschel, Astronom, in Slough gest. (Geb. 15. November 1738 in Hannover.)

Ein „Treuteutscher"

Am Freitag, den 20. August, ereignete sich folgender Vorgang in der Kaditzer Flutrinne: Als 3,30 Uhr der Lohn an Kippe 3 ausgezahlt wurde, gesellte sich der Kantinenwirt Dietze dazu, weil ein Arbeiter ungefähr 4 Mark Zeche gemacht hatte. Der Arbeiter empfing seine Lohntüte und steckte sie in die Tasche. Kantinenwirt Dietze nahm, ohne den Arbeiter davon in Kenntnis zu setzen, die Lohntüte aus der Tasche. Darauf zur Rede gestellt, verweigerte Dietze die Herausgabe der Lohntüte mit dem Gelde. Erst als der Arbeiter handgreiflich werden wollte und der Polier Mierich ihn zur Rede stellte, gab er sie heraus. Es sei noch bemerkt, daß der Kantinenwirt, der auch Besitzer des Fürstenhofes zu Kaditz ist, jeden Arbeiter abhält, zu Wahlen zu gehen, daß er an seinem Fürstenhoflokal die Flagge schwarz-weiß-rot heraushängt, obwohl er nur von den Arbeitergroschen lebt. Er will nun mit der Bauleitung die Arbeiter zwingen, nur bei ihm zu kaufen. Jeder Arbeiter, der bei ihm borgen will, muß zuvor einen Zettel unterschreiben, daß der Wirt berechtigt ist, das Geld bei der Bauleitung im Kontor selbst zu holen. Doch kein Arbeiter macht mit. Er benutzt dazu nur die, die sich in drückender Notlage befinden. So handelt ein treuteutscher Wirt.

Die Postbezieher der „Arbeiterstimme" werden darauf hingewiesen, daß die Neubestellung der „Arbeiterstimme" für September in diesen Tagen erfolgen muß, wenn Lieferungsunterbrechung vermieden werden soll.

Die letzten Straßen- und Betriebszellen-Versammlungen beschäftigten sich u. a. auch mit dem „Führer durch die Geschäftswelt". In allen Versammlungen wurden kurze Ausführungen über den Zweck des Führers gemacht. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß es Pflicht aller Genossen und Genossinnen ist, nur solche Geschäftsleute durch Einkäufe zu unterstützen, die ständige Inserenten unseres Blattes sind. War es im vorigen Jahre bei der geringen Zahl der Geschäftsleute, die bei uns inserierten, nicht immer möglich, sich bei allen Einkäufen nach dem Führer zu richten, so können wir heute konstatieren, daß es keine Branche gibt, die nicht durch Inserate in diesem Bezugsquellenverzeichnis vertreten ist. Grundsatz für die Leser und Freunde unseres Blattes muß daher sein: Kein Einkauf ohne Führer! Es geht natürlich nicht, daß unsere Genossen bei dem bei uns inserierenden Geschäftsmann kaufen, sondern vor allen Dingen ist es notwendig, daß sie sich bei Einkäufen auf den Führer beziehen. Im kleinen und mittleren Geschäft genügt es, dem Geschäftsmann einfach zu sagen: „Ich kaufe bei Ihnen, weil Sie in der „Arbeiterstimme" inserieren!" Im Warenhaus empfiehlt es sich, entsprechende Vermerke auf die Kassenzettel zu machen und die vom Verlag herausgegebenen Zettel abzugeben. — Alle Genossen und Genossinnen waren mit diesen Anregungen einverstanden. Die Erschienenen wurden verpflichtet, alle Kräfte daranzusetzen, um zu erreichen, daß auch der Inseratenteil unseres Blattes der permanent steigenden Auflagenziffer und dem Wachstum unserer Partei entspricht. Die Kaufkraft unserer Genossen soll auf den Teil der Geschäftswelt konzentriert werden, die Inserenten unseres Blattes sind. Keinen Pfennig denjenigen Kaufleuten, die arbeiterfeindliche Blätter ständig unterstützen und es ablehnen, im Führer zu inserieren.

Fahrpreisermäßigung für Kinder auf den staatlichen Kraftwagenlinien. Die Kraftverkehrsgesellschaft Freistaat Sachsen teilt mit, daß auf Anweisung des Finanzministeriums bis auf weiteres Kinder von 4 bis 10 Jahren auf den staatlichen Kraftwagenlinien nur die Hälfte des Fahrpreises für Erwachsene zu zahlen haben.

Vorübergehende Nachtwagenumleitung. Wegen Gleisbauarbeiten werden in der Nacht von Mittwoch, den 25. zu Donnerstag, den 26. August, von 1 Uhr bis 5 Uhr früh die Nachtwagen der Linie 8 zwischen Marien- und Falkenbrücke über Ostra-Allee, Postplatz und Annenstraße und die Nachtwagen der Linien 19 und 22 zwischen Großmarkthalle und Postplatz über Wetteriner Straße und Ostra-Allee umgeleitet.

Aus Ostsachsen

Gittersee. (Nochmals sozialdemokratische Jugendfürsorge.) Zu unserem in Nummer 174 erschienen Artikel über „Sozialdemokratische Jugendfürsorge" erhielten wir folgende Berichtigung zugesandt. Der Bürgermeister schrieb uns:

„In der Beilage zu Nummer 174 der „Arbeiterstimme" vom 11. August dieses Jahres wird unter Gittersee (Sozialdemokratische Jugendfürsorge?) ein Artikel veröffentlicht, der sich mit dem Arbeiter Fedor Wagner beschäftigt. In dem Bericht wird zunächst der wahre Sachverhalt verschwiegen. Die veröffentlichten Aeußerungen sind in dem Zusammenhange und in der Form weder von mir noch in meinem Beisein von dem Polizeihauptwachtmeister Drechsel getan worden. Weiter habe ich keinen Pachtvertrag zwischen Reinhardt und dem Vormund Schulze abgeschlossen, weil ich hierzu überhaupt nicht zuständig bin.

Gemäß Paragraph 11 des Preßgesetzes wird um Berichtigung ersucht.

Der Bürgermeister
(Unterschrift)."

Neben dieser Berichtigung erhielten wir noch folgende von dem Ortsrichter und Vormund Schulze. Diese lautet:

Gittersee, am 19.8.1926.

An die Redaktion der „Arbeiterstimme", Dresden.

In Nr. 174 vom 11.8.26 bringen Sie unter „Gittersee" einen Bericht, der grobe Unwahrheiten enthält. Unter Bezugnahme auf Art. 11 des Preßgesetzes bitte ich, nachstehende Berichtigung aufzunehmen:

1. Vorenthalten wird der Leserschaft, daß Fedor Wagner auf ausdrücklichen Wunsch seiner Mutter unter Schutzaufsicht gestellt ist.

2. Vorenthalten wird weiter, daß Wagner seinen Vormund tätlich angegriffen hat.

3. Unwahr ist, daß das Einschreiten gegen Wagner lediglich der Kirschen wegen erfolgte. Sein Verhalten gegen seinen Mitbewohner Reinhardt, einen schwerkriegsbeschädigten Arbeiter, war so, daß nicht länger zugesehen werden konnte. Da sich das zuständige Gericht mit dieser Angelegenheit befassen wird, sei von einer eingehenden Besprechung abgesehen.

4. Unwahr ist ferner, daß der Vormund den Nachlaß an Bekannte verkaufte.

Wahr ist vielmehr, daß jedes Möbelstück von fachmännischer Seite abgeschätzt und über Taxe freihändig verkauft wurde. Wenn in Rücksicht auf die ungünstigen Zeitverhältnisse und aus Gründen der Pietät von einer Versteigerung abgesehen wurde, so geschah dies mit völliger Zustimmung der zuständigen Stelle, auch der Mündel. Niemals hätte eine Auktion soviel erbracht, wie der freihändige Verkauf.

Wahr ist, daß die Nähmaschine auch noch nicht verkauft ist.

5. Unwahr ist, daß Wagner pro Monat 8 Mark Miete bezahlt habe. Wahr ist, daß er seit Juni vorigen Jahres überhaupt keine Miete entrichtete.

Die Miete, die Reinhardt zahlt, ist ortsüblich. Im übrigen wird der Vertrag seitens des Vormundschaftsamtes eine Nachprüfung erfahren.

Ferner sei darauf hingewiesen, daß nichts ohne Zustimmung der Mündel geschah. Wagner hatte die Möglichkeit, selbst oder durch seinen Schutzpfleger auf ordnungsgemäßem Wege sein Recht geltend zu machen, wenn er jemals glaubte, daß ihm unrecht geschehen sei.

August Schulze, als Ortsrichter und Vormund.

Wir überlassen es unseren Lesern, diese beiden Berichtigungen zusammenzukombinieren. Von unserem Gewährsmann wird uns zu den beiden Schreiben folgendes mitgeteilt:

„Unter obigem Titel brachten wir am 11. August einen Artikel, der zeigte, wie ein sozialdemokratischer Vormund seine Aufgabe auffaßt und wie ein sozialdemokratischer Bürgermeister mit Arbeitern umgeht. Der Artikel hat berechtigtes Aufsehen erregt und ist der SPD schwer auf die Nerven gefallen. Der Herr Bürgermeister glaubte, von uns eine Berichtigung fordern zu können. Er schrieb uns: „In dem Bericht wird zunächst der wahre Sachverhalt verschwiegen. Die veröffentlichten Aeußerungen sind in dem Zusammenhange und in der Form weder von mir noch in meinem Beisein von dem Hauptwachtmeister Drechsel getan worden. Weiter habe ich keinen Pachtvertrag zwischen Reinhardt und dem Vormund Schulze abgeschlossen, weil ich hierzu überhaupt nicht zuständig bin." So sieht eine Berichtigung natürlich nicht aus. Der Herr Bürgermeister ist außerdem sehr vorsichtig. „In dieser Form und in diesem Zusammenhange sind die Aeußerungen nicht getan worden." Damit bestätigt er nur, daß diese Aeußerungen überhaupt gefallen sind. Nun, wir wissen ja auch, daß er sich einmal in einer Berufsschulausschußsitzung geäußert hat, solche Rotzjungen darf man nicht mit Glacéhandschuhen anfassen. Von Schulze wissen wir, daß der Bürgermeister bei der Festsetzung der Miete mitgewirkt hat, sie als ortsüblich bezeichnete. Auch der Vormund Schulze verlangte eine Berichtigung, die eigentlich keine Berichtigung ist. Er wirft uns vor, wir hätten der Leserschaft Tatsachen vorenthalten. Ja, wir haben nicht geschrieben, daß Schulze dem Wagner einen Stoß versetzte, worauf dieser Schulze ins Gesicht schlug. Wir sind der Meinung, daß ein Sozialdemokrat von dem gesetzlichen Züchtigungsrecht nicht Gebrauch machen darf, und daß ein 20jähriger Arbeiter, auch wenn er seinem Vormund gegenübersteht, sich seiner Haut wehren muß. Bestätigen muß Schulze, daß er den Nachlaß freihändig verkauft hat, wenn er auch Gründe anführt, die dies zu rechtfertigen scheinen. Dann erklärt er als unwahr, daß Wagner 8 Mark Miete pro Monat bezahlt habe, sagt aber nicht, wie hoch die Miete festgesetzt ist. Wieviel muß Wagner zahlen, wenn er Arbeit hat? Genau [illegible] Mark pro Monat für ein einzelnes Zimmer, die Hälfte der Miete des gesamten Grundstückes. Aber die Miete, die Reinhardt zahlt, ist ortsüblich. Also 17 Mark pro Monat für ein Einfamilienhaus mit Stall, Garten und Obstnutzung ist der ortsübliche Mietzins in Gittersee. Hält man diesen Satz auch zugrunde, so liegt bei der Festsetzung der Miete im Gemeindegrundstück Dresdner Straße 2[illegible], in welchem sich weder ein anständiger Keller noch Waschhaus, Trockenboden, Stall, Garten, oder zur Obstnutzung vorhanden ist. Wenn nun Schulze schreibt: „Im übrigen wird der Vertrag seitens des Vormundschaftsamtes eine Nachprüfung erfahren", so bestätigt er nur, daß der Vertrag eben nicht so ist, wie es das Interesse der Mündel erfordert. Er als Vormund hat aber bis jetzt nichts getan, daß dies geschehe. [illegible] werden. Und damit wird die Wahrheit unserer Behauptungen erwiesen und zugegeben." Natürlich [illegible] auch die „Volkszeitung" zur Abwehr auf. In einem Artikel „Kommunistische Verleumdungen" [illegible] sie „ihren" Bürgermeister in Schutz [illegible] selbstverständlich". Wir nennen die sozialdemokratischen Arbeiter das Wort: „Quo vadis?" (Wohin gehst du?) [illegible] den Genossen vorhalten. Die Tätigkeit jenes Bürgermeisters ist dieselbe wie die der [illegible]. Wer den [illegible] benutzt gegen die [illegible]. Wir sprechen in unserem Artikel von Wagner und wissen, daß er die von der „Volkszeitung" angeführten Aeußerungen nicht getan hat. Aber daß er wegen [illegible] Kindern des [illegible] wurde, kann auch die Volkszeitung nicht [illegible]. Der [illegible] gelobte Anstand der SPD (gegen den politischen Gegner) reicht nur soweit, als er sich auf die politischen Gegner von rechts erstreckt. Die Proleten merken herzlich wenig davon. Dafür können wir genügend Beispiele bringen. [illegible] werfen mit Steinen, wenn es uns paßt, die Hauptsache ist, sie treffen. Und sie haben getroffen.

Heidenau. (Arbeitszeitverlängerung und Unfälle.) Die Arbeitersamariterkolonne Heidenau hat im 2. Quartal dieses Jahres in [illegible] Fällen erste Hilfe geleistet. Im Betrieb sind 30[illegible] Unfälle geschehen und [illegible] Unfälle im öffentlichen Leben. In ärztliche Behandlung mußten [illegible] 154 Verletzte gegeben und 10 Patienten ins Krankenhaus. Transporte sind [illegible] unentgeltlich ausgeführt worden. Sonntags kommen im Durchschnitt auf jeden Tag 40 Unfälle. Es entfallen: auf die Ortskrankenkasse Heidenau 300 Mitglieder und Dohna 36 Mitglieder, Betriebskrankenkasse Seidel u. Naumann 56 Mitglieder und [illegible]-Werke 21 Mitglieder, [illegible] Personen verteilen sich auf 20 verschiedene Orts- und Betriebskrankenkassen. Zu [illegible] ist nur, daß trotz Wirtschaftskrise und Arbeitseinschränkung die Betriebsunfälle [illegible] höher stehen, als im letzten Quartal. Die Arbeitszeitverlängerung wirft wohl hier ihre Schatten voraus.

Lohmen. (Achtung! Arbeitersamariter!) Der 2. Kursus der Arbeiter-Samariter-Kolonne Lohmen und Umg. über erste Hilfeleistung bei plötzlichen Unfällen beginnt Mittwoch abends 7,30 Uhr in Gretzschels Restaurant, Lohmen. Pünktliches Erscheinen der Interessenten wird erwartet. Anmeldungen werden noch bis Mittwoch, den 1. September, im obengenannten Lokal entgegengenommen.

Königstein. (Schützenrummel.) Ueber der Elbe drüben thront majestätisch der Lilienstein, ihm zu Füßen liegt Stadt Königstein im „Schmucke" schwarz-weiß-roter Fahnen. Welch schroffe Gegensätze! Dort die schöne Umgebung, die herrliche, freie Natur, die den denkenden Menschen an die Freiheit selbst gemahnt. Und hier, inmitten dieser Natur, Menschen mit einem beengten, begrenzten Horizont, mit einem verkleisterten Gehirn, Menschen, die noch willig dem alten Herrschaftssystem ihren Tribut zahlen! 2 Uhr Aufmarsch der alten Schützen, wirklich der „alten", denn junge Leute sind nur ganz vereinzelt für diesen Rummel zu gewinnen. Es ist die alte aussterbende Generation, die es sich hier wieder einmal gefallen läßt, auf die altgewohnten Kommandorufe: Stillgestanden, Gewehr über, rechts um, marsch, sklavisch zu gehorchen. Zwei alte blaue Militärmusiker, men, blanke Säbel und als Schluß eine Kanone, wirken direkt aufreizend. Es ist unglaublich, daß so etwas heute noch möglich sein kann. An einem solchen Aufmarsch alter, in ihrer Gesinnung nicht mehr umzuändernden Männer, etwas Schönes zu finden, dürfte wohl nur alten Weibern möglich sein. Viel exakter und strammer sieht es aus, wenn Rot Front frostig und wuchtig anmarschiert.

Bautzen. (Unternehmerwillkür und kein Ende.) Die Belegschaft des Kupferwerks Bautzen nahm am 8. August in einer gutbesuchten Betriebsversammlung im „Schützenhaus" Stellung zu der von der Firma angekündigten Betriebsstillegung. Die Stillegung sollte deshalb erfolgen, weil die Firma nicht mehr in der Lage sei, den Anforderungen der Arbeiter (!) zu genügen. **Die Akkorde sollen abgebaut und die Nachtzuschläge beseitigt werden.** Obwohl verschiedene „Angestellte" der Firma einen ziemlich hohen Gehalt einheimsen, beziehen sie nebenbei noch eine beträchtliche Offiziersrente! Anstatt nun diesen Herren ihren Lohn etwas abzubauen, geht man wieder dazu über, den Arbeitern, die sowieso schon durch fortwährendes Kürzen der Akkords kaum noch in der Lage sind, einige Pfennige zu verdienen, das letzte Mark aus den Knochen herauszuholen. Die Arbeiter des Kupferwerks haben sich bis jetzt energisch gegen jeden Abzug des Akkords und Beseitigung des Nachtzuschlages gewehrt. Die Firma hat sich dadurch einige beträchtliche Niederlagen auf dem Gewerbegericht geholt. Um diese Scharte wieder auszuwetzen, wird einfach Betriebsstillegung beantragt. Um den Bericht über die Stillegungsverhandlung mit dem Arbeitsministerium, der Firma und dem Betriebsrat entgegenzunehmen, tagte die Betriebsversammlung. Nachdem der Betriebsobmann den Bericht, bei dem u. a. auch die Beseitigung des Nachtzuschlags gefordert wurde, gegeben hatte, setzte eine lebhafte Debatte ein. Die Belegschaft des Kupferwerks ist gewöhnt, in Betriebsversammlungen jederzeit ihre Meinung frei zum Ausdruck zu bringen, was auch diesmal der Fall war. Das Ansinnen der Firma wurde von vielen Kollegen gebrandmarkt und einstimmig abgelehnt. Worte, wie: „Die nehmen uns noch das trockene Brot vom Tisch", oder: „Die Herren sollen selbst einmal für diesen Hundelohn arbeiten" und ähnliche berechtigte Ausdrücke fielen. Obwohl bis jetzt in jeder Betriebsversammlung Spitzel der Firma anwesend waren, hat es die Firma noch nie gewagt, Kollegen, die energisch gegen die Firma aufgetreten sind, zu maßregeln. Zehn Tage nach der Betriebsversammlung gingen diese christlichen Herren dazu über, drei Kollegen, die in der Versammlung gegen die Firma gesprochen hatten, fristlos zu entlassen. Grund: Grobe Beleidigung gegen Angestellte der Firma. Das schlägt dem Faß den Boden aus. Unter diesen drei Kollegen befand sich auch noch ein Betriebsratsmitglied. Es wurde sofort eine Betriebsratssitzung einberufen, zu der auch der fristlos entlassene Kollege aus dem Betriebsrat mit gutem Recht hinzugezogen wurde. Der gesamte Betriebsrat wendete sich energisch gegen die Brutalität der Firma und gegen die Entlassung wurde Einspruch erhoben. Im Verlauf dieser Sitzung telephonierte die Firma plötzlich an, daß innerhalb fünf Minuten das entlassene Betriebsratsmitglied das Werk zu verlassen habe, andernfalls wolle sie ihn verklagen. Zur Bekräftigung erschien noch ein Portier und überbrachte die Meldung mündlich. Der gesamte Betriebsrat ließ sich nicht einschüchtern und verlangte, daß der Kollege dablieb bis zum Ende der Sitzung, was auch geschah. Die Firma, in großer Erregung darüber, daß ihr Befehl nicht ausgeführt wurde, hatte nichts Eiligeres zu tun, als die Polizei anzuklingeln. Nach Beendigung der Sitzung erschien auch im Kontor ein Hüter des Gesetzes. Derselbe mußte aber unverrichteter Sache wieder abziehen, da der betreffende Kollege bereits schon wieder außerhalb des Betriebes war. Nun will die Firma den Kollegen wegen Hausfriedensbruchs verklagen und den gesamten Betriebsrat wegen Beihilfe. — Dieser Vorfall zeigt uns wieder einmal, wie auf der einen Seite die Unternehmer die freigewerkschaftlichen Arbeiter einfach auf die Straße werfen, auf der anderen Seite erhalten Stahlhelm- und Jungdeutsche den größten Schutz. Deshalb ist es Pflicht eines jeden Arbeiters, sich restlos zu organisieren, um diesen Herren eine geschlossene Kampffront entgegenstellen zu können.

Vom Tage

Wilsdruff, 24. August. (Autounfall.) Gestern vormittag fuhr ein Dresdner Privatauto im benachbarten Limbach beim Einbiegen des Weges nach Neustadt an einen Baum und wurde schwer beschädigt. Während der selbst steuernde Besitzer und der im Wagen sitzende Chauffeur mit dem Schrecken davonkamen, wurde die Ehefrau des ersteren durch Glassplitter im Gesicht übel zugerichtet.

Bautzen. (Großfeuer in Bautzen.) Großfeuer suchte am Dienstag mittag das Johne-Werk, Graphische Maschinen-AG., heim. Auf bisher noch unaufgeklärte Weise war in der Spänekammer der Tischlereiwerkstätte gegen 11 Uhr ein Brand ausgebrochen, der sich mit riesiger Geschwindigkeit ausbreitete. Bald stand der nördliche Teil des gegen 70 Meter langen Gebäudes über und über in Flammen. Es gelang nicht, aus der Modelltischlerei irgendwelche Vorräte zu retten. In dem im gleichen Gebäude untergebrachten Lagerraum, in dem sich zahlreiche fertige Maschinen befanden, wurden gegen 30 große Maschinen und große Vorräte an Holz durch das Feuer zerstört. Die Bekämpfung des Brandes gestaltete sich überaus schwierig, da der herrschende Sturm die Ausbreitung des Feuers begünstigte.

Chemnitz. (S[illegible] sozialdemokratischen Stadtr[illegible].) Der [illegible] Emil Trommer — unbesoldeter Stadtrat von Chemnitz — wurde am Dienstag früh an der Türklinke seines Geschäftszimmers des Krematoriums erhängt aufgefunden. Die Motive zur Tat sind noch unbekannt.

Berlin. (Schwere Vergiftungskatastrophe.) In einem evangelischen [illegible] in Falkenberg in der Mark hat sich eine schwere Vergiftungskatastrophe ereignet. Neunzehn Personen sind nach einem [illegible] erkrankt und fünf bereits gestorben. Drei befinden sich in schwerster Lebensgefahr. Sechs Erkrankte scheinen die Vergiftung bereits überwunden zu haben.

„Rundfunk"

Donnerstag, den 26. August:

[illegible] Uhr: [illegible] Rundfunk des Zentralinstituts Berlin (Deutsche Welle).

[illegible] Uhr: Prof. Dr. [illegible] und Oberschullehrer Westermann: Einheitsstenographie.

[illegible] Uhr: G. Lehmann, Direktor der Staatl. Taubstummenanstalt: „Das Bildungsproblem des taubstummen Kindes".

4,30—6 Uhr: Nachmittagskonzert. Mitwirkende: Hilde Kornelli (Gesang), Theodor Blumer (Klavier), Dresdner Streichquartett (Fritzsche, Schneider-Riphahn, Kropholler). Flügel: Römisch.

6,20—6,45 Uhr: Aufwertungsrundfunk.

6,45—7 Uhr: Steuerrundfunk.

7—7,30 Uhr: Univ.-Prof. Dr. A. Körte-Leipzig: „Die Volksstämme im heutigen Kleinasien". Schlußvortrag: „Die christlichen Völker".

7,30—8 Uhr: Vortragsreihe: „Das Weltbild der modernen Naturwissenschaft". 1. Vortrag: Ernst Mühlbach: „Was wissen wir vom Weltgebäude".

8,15 Uhr: Chorkonzert. Mitwirkende: Die Lichtschen Chöre. Leitung: Barnet Licht.

Anschließend (etwa 9,45 Uhr): Pressebericht und Sportfunk.

Ab 10,30 Uhr: Funkstille.

Arbeiter-Radioklub Dresden. Gruppe Altstadt. Heute abend 8 Uhr im Restaurant „Braunschweiger Hof", Freiberger Platz: Bastelabend. Geräte mitbringen. — Gruppe Neustadt. Donnerstag, den 26. August, abends 8 Uhr im Restaurant „Neustädter Eberlbräu", Grenadierstr. 6: Praktischer Gerätebau. — Gruppe Niederpoyritz. Donnerstag, 26. August, abends 8 Uhr: Vereinsabend mit Vortrag.

Voraussichtliche Witterung am 26. August (Donnerstag): Wolkig, zeitweise sonnig, ziemlich warm, etwas windig, einzelne Regenschauer.

27. August (Freitag): Abwechselnd heiter und wolkig, etwas kühler, keine oder unbedeutende Regenfälle.

Verlag: „Arbeiterstimme" — Druck: „Peuvag"-Filiale Dresden. Verantwortlicher Redakteur Willy Schneider, [illegible]

SLUB
Wir führen Wissen.

Arbeitersport

Festbleiben, Genossen!

Es bleibt eine unbestreitbare Tatsache, daß von jeher der Aufstieg der bürgerlichen Fußballvereine eng verbunden war mit den im Verein vorhandenen Geldquellen. Liebe zur Sache, sportlicher Idealismus, eigenes Kraftbewußtsein bildeten nicht die Sprossen der Leiter, auf der die führenden bürgerlichen Mannschaften zu ihrem Höhepunkte gelangten. Das sogenannte „Ziehen" der Spieler aus finanziell schwachgestellten Vereinen, was selbstverständlich den Meistbietenden stationsmäßig gut gelang, diente zur Förderung des eigenen Ansehens, obwohl gerade das eine der unfairsten Angelegenheiten des bürgerlichen Sportes ist. Wenn dieser Menschenhandel heute eine bedeutende Abschwächung erfahren hat, so ist dieser Entwicklungsprozeß durchaus nicht auf das Konto einer moralischen Besserung der bürgerlichen Vereine zu setzen, sondern hat seinen Hauptgrund darin, daß die gewaltig erstarkte Arbeitersportbewegung diesem Treiben einen Dämpfer aufgesetzt hat. Klassenbewußtsein und Reinlichkeitsgefühl zeigte vielen Arbeitern in bürgerlichen Vereinen den Weg zu den Arbeitersportlern. Die Erkenntnis, daß der Befreiungskampf des Proletariats aus politischer und wirtschaftlicher Knechtschaft auch die Lösungen der sportlichen Beziehungen mit dem Bürgertum erfordert, greift immer weiter um sich. Wohl ist noch ein erheblicher Prozentsatz der Arbeiter im Lager des Gegners. Indifferenz, Neutralitätsduselei, Arbeitsschwäche und, — was das traurigste ist, — materialistische Gründe halten sie dort zurück. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise kommt dem beginnenden Verfall der bürgerlichen Sportvereine sehr gelegen. Anhaltende Arbeitslosigkeit und die dadurch entstehenden Entbehrungen und Zerrüttungen verleiten leider nur zu oft zu unüberlegten Handlungen. In Aussicht gestellte Vermittlung von Arbeit, Beschaffung von Sportkleidung, von Geldspenden und Saufgelagen usw. sind die Angelhaken, die die Bürgerlichen auslegen. Bedauerlicherweise nicht immer ohne Erfolg. Eine ganze Anzahl guter Spieler, die mit zu unseren besten Kräften gehörten, sind den Verlockungen erlegen. Sie spielen die miserable Rolle, der „Bürgerlichen letzte Rettung" zu sein". Ein überzeugter Arbeiter, ein wahrer Kämpfer im Klassenkampf weist trotz der wirtschaftlichen Not derartige Angebote energisch ab. Es gilt in dieser Hinsicht durch fortgesetzte Aufklärungsarbeit und unermüdliche Agitation unter den schwachen verführten Klassengenossen den bürgerlichen Gegnern das Wasser abzugraben. Ueberall müssen die Genossen gewarnt werden, sich nicht einfangen zu lassen; denn wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. Darum festgeblieben, Genossen, trotz aller Verlockungen! Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Verscherzt euch nicht leichtsinnig die Achtung eurer Arbeitsbrüder.

fzb.

Fußball

Unser Kreisschiedsrichterausschuß tagte am 15. August in Dresden. Bis auf den 11. Bezirk waren alle Bezirke vertreten. Aus den Berichten aller Bezirke ging hervor, daß das Abhalten der Kreisschiedsrichterausschuß-Sitzung eine unbedingte Notwendigkeit ist; denn nur dadurch ist es möglich, die Zusammenarbeit der einzelnen Bezirke untereinander zu fördern. Die derzeitige schlechte wirtschaftliche Lage ist ein Hemmnis für unsere Schiedsrichterbewegung. Der öftere Wechsel der Bezirks-C. leute muß wegfallen, da sonst der Erfolg einer gemeinsamen Sitzung stark geschmälert wird. — Ein Antrag der Leipziger, der besagt, daß in Zukunft die Berichterstattung von seiten der Bezirke an den Kreisobmann einem Halbjahresbericht (bis zum 30. 6.) und einem Jahresbericht (bis 31. 12.) erfolgen soll, wurde einstimmig angenommen. Einem Vortrag des Kreisfußballwartes, Genossen Engel, wurde größte Aufmerksamkeit geschenkt. Auch das um 1 Uhr stattfindende praktische Vorführen des Gehörten wurde dankbar aufgenommen. — Von den Abänderungen im Regelheft 24 wurde Kenntnis genommen. Die Richtlinien über Prüfungen wurden gutgeheißen. — Der Kreisobmann Brückner bemängelte die Anforderung von Schiedsrichtern direkt von Bezirk zu Bezirk, da ein Beschluß besteht, nachdem diese Anforderung durch den Kreisobmann zu erfolgen hat, dieser also die Vermittlung zu übernehmen hat. — Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß in Zukunft mit eintägiger Sitzung nicht mehr auszukommen ist, es muß bereits am Sonnabend abend begonnen werden.

fzb.

Dresdner Städtemannschaft gegen Helsingfors

Otto (Coßmannsdorf)

Noack (Pottsch.) Riese (DSB)

Müller (DSB) Gegmann (Pieschen) Neumann (DSB)

Horlacher (Löbt.) Matta (Dippoldisw.) Riechewitz (Löbt.)

Selso (Helios) Schiemnd (Pieschen)

Ersatz: Göhe (01) Johnel (Eintracht)

Melden 4.30 Uhr im Sport-Café.

Sächsische Spielvereinigung. Achtung Vereine. Die Ordner zum Finnlandspiel stellen sich 1.30 Uhr am Sportcafé. Pünktliches Antreten der gemeldeten Ordner wird erwartet.

Fußball. Die Bezirkstagsdelegierten treffen sich nach dem Spiel im „Sportcafé" (Kampfbahn). Die Bezirksleitung.

Turnspiele

Bundesmeisterschaften in Faust- und Trommelball. Diese fanden am 22. August in Weißwasser (Oberlausitz) statt. Der ATV Weißwasser hatte die erforderliche Organisationsarbeit der Veranstaltung in bester Weise erledigt. Schon der Begrüßungsabend für die Verbandsmeister brachte einen überfüllten Saal. Ueberhaupt war die Reklame bestens aufgezogen worden.

Die am Sonntag früh 8 Uhr beginnenden Vorrundenspiele verloren etwas an Interesse, da folgende Mannschaften nicht erschienen waren: Kohlenmoor (Oesterreich) für Männerfaustball, Gera-Untermhaus (Mittelb.) und Hamburg-Wilhelmsburg (Norddeutschl.) für Frauenfaustball und Hildesheim (Norddeutschl.) für Trommelball.

Die einzelnen Ergebnisse sind folgende:

Vorrundenspiele

Faustball (Männer):

Sandhofen (Süddeutschl.)—Jena (Mitteldeutschl.) 56:31

Bremen (Norddeutschl.)—Weißwasser (Ostdeutschl.) [illegible]

Faustball (Frauen):

Weißwasser—Nürnberg 47:51

Weißwasser—Neukölln 44:35

Trommelball:

Offenbach—Bernburg 136:72

Offenbach—Jessen 116:75

(Die Ersatzmannschaften für die fehlenden Verbandsmeister stellte Weißwasser.)

Endspiele.

Faustball (Männer):

Weißwasser—Jena 44:41

Faustball (Frauen):

Nürnberg—Neukölln 56:34

Trommelball:

Bernburg—Jessen 69:119

Meister wurden also Jena (Faustball für Männer), Neukölln (Faustball für Frauen), Bernburg (Trommelball).

Den Endspielen wohnten 2500 Zuschauer bei.

Turnspiele. 2. Bezirk. Berichtigung. Das in der gestrigen Nummer veröffentlichte Probespiel der Städtemannschaft wird erst am Donnerstag zum Austrag gebracht, nicht, wie irrtümlich gemeldet, am Mittwoch.

2. Bezirk, 1. Gruppe. Am vergangenen Sonnabend fand eine Gruppenversammlung statt. Turngenosse Scholz (Radeberg) schilderte die Eindrücke vom Hamburg und berichtete, daß dort in der Arbeitersportbewegung noch viel Arbeit zu leisten ist. Seit ungefähr ¾ Jahr ist eine Reinigung im Arbeiter-Turn- und Sportbund eingetreten, der Bund hat seit dem Kriege schwer zu kämpfen gehabt. Das Kapitel Turnhallen- sowie Turnplatzbau hat in den Reihen der Vereine viele Opfer gefordert, mitunter so, daß Vereine zugrunde gegangen sind. Der Grund lag oft an der schlechten Vorarbeit. Die Werksportvereine in den Betrieben sind für die Arbeitersportbewegung eine Gefahr. Deshalb Augen auf. Die Bundesschule soll der Ort sein, nur gute Kräfte heranzubilden. Es wird der Wunsch ausgesprochen, daß jeder Turn- und Sportgenosse und -Genossin gewerkschaftlich und politisch organisiert sein soll, desgleichen soll jeder Bundesangehörige aus der Kirche ausgetreten sein. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß man nicht mit allen Beschlüssen einverstanden war. Wir hoffen aber, daß sich jeder Bundesgenosse die Ausführungen des Referenten Scholz zu eigen macht, und im Sinne der Beschlüsse des Bundestages arbeitet, dann wird es auch für die Arbeiter-Turn- und -Sportbewegung nutzbringend sein. Anwesend 78 Mitglieder. Turnverein Kippen fehlte; V. f. Bew. 1 anwesend.

Bezirksspielmannszug, 2. Bezirk, 4. Kreis. Für das Treffen der Bezirksspielleute am Sonntag, den 29. August werden die Brudervereine aufgefordert, Turner als Begleitleute in recht großer Anzahl zu entsenden. Anzug: lange weiße Hose, dunkles Jakett (ohne Kopfbedeckung). Vereinsfahnen sollen mitgebracht werden. Die Turner treffen vormittag 11.30 Uhr im „Kristallpalast", Schäferstraße, ein. Punkt 3 Uhr ist der Propagandaumzug beendet. Während der Platzmusik auf dem Altmarkt versehen die Turner den Absperrdienst. Da die Spielleute auch des öfteren sich zur Verfügung stellen, hoffen sie von den Genossen zahlreich unterstützt zu werden.

Freier Turn- und Sportverein Dresden-Löbtau. Morgen Donnerstag 8 Uhr im Jugendheim, Peststraße 15: Hauptvereinsversammlung. Bericht vom Bundestag. Gen. Schumann.

Sport- und Kultur-Kartell Heidenau, Dohna u. Umgebung. (Außerordentliche Generalversammlung am 16. August im Sportheim.) Genosse Ködritz hielt einen Vortrag über die Internationale Sportbewegung und ihre Verständigung untereinander. Der Vortrag fand bei allen Delegierten großen Beifall. Der Antrag auf Eintragung in das Vereinsregister wurde mit Mehrheit beschlossen. Die Abrechnung der Vereinshausbau-Lotterie ergab eine Einnahme von 7234 Mark, eine Ausgabe von 7148 Mark, ein Warenbestand ist noch vorhanden von 1968,15 Mark. Die Neuwahl ergab Gen. Kesselrods 1. Vorsitzenden; Gen. Handolo als 2. Vorsitzenden und Gen. Löwe als Kassierer. Bezw. Gen. Hesse, Mühlenstraße 29, gibt an die Mitglieder des Kartells Vorzugskarten für das Residenz- und das Zentraltheater.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Dresden. Sonntag, 29. August, 50-Kilometer-Rennen. Strecke: Dresden—Klotzsche—Lausa—Ottendorf-Okrilla—Laußnitz und zurück. Wendepunkt und Kartenkontrolle: Laußnitz. Start: 6 Uhr „Lindengarten", Ziel: „Lindengarten" (Arsenal).

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Coßmannsdorf u. Umg. 29. August Tagestour nach Geising—Altenberg, zurück durch das Müglitztal. Abfahrt früh 6 Uhr „Lindengarten". Proviant zum Waldpicknick mitnehmen. Gäste willkommen.

Arbeiter-Mandolinisten, Bezirk Dresden. „Freier Zupfer" Nr. 8, ist erschienen und sofort bei Genossen Großer, Dresden-N., Hans-Sachs-Straße 38, abzuholen.

Arbeiter-Stenographen-Verband, Ortsgruppe Heidenau. Der neue Anfängerkursus in Reichskurzschrift (Einheitssystem) beginnt am 8. September abends 7 Uhr in der Goetheschule. Beitrag einschließlich Lehrmittel 5 Mark. Anmeldungen werden schon jetzt beim Genossen Gg. Schulze, Albertstraße 3, angenommen.

Versammlungskalender

Kommunistische Partei.

Mittwoch, den 25. August:

Strohenzelle, Uebigau. Mitgliederversammlung im Restaurant Lohse. Referent anwesend.

Seifhennersdorf. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der „Kanone".

Donnerstag, den 26. August:

Radeberg. Abends 8 Uhr im „Deutschen Haus": Funktionärversammlung. Partei- und Gewerkschaftsbuch mitbringen.

Kommunistischer Jugendverband.

Mittwoch, den 25. August:

Friedrichstadt. Abends 7.30 Uhr: Versammlung im Restaurant „Zum Arberthafen", Waltherstraße.

Altstadt. Wir nehmen geschlossen am Gruppenabend in Friedrichstadt teil. Treffen 7 Uhr Freiberger Platz.

Donnerstag, den 26. August:

Groß-Dresden. Alle Theaterspieler zum Jugendtag treffen sich 7.30 Uhr in der Gruppe Altstadt bei Milek, Fischhofplatz.

Altstadt. Abends 7.30 Uhr: Gruppenabend bei Mileks, Fischhofplatz.

Neustadt. Abends 7.30 Uhr findet im Restaurant „Zum Kamerad", Oppelstraße 9, Gruppenabend statt. Referat über: Entwicklung der Arbeiterbewegung. Stellungnahme zum 12. Internationalen Jugendtag, Bautzen.

Pieschen. Gruppenabend 7 Uhr abends im „Bürgerhof", Bürgerstraße. Thema: „Der internationale Jugendtag".

Montag, den 30. August:

Groß-Dresden. Alle Musiker zum Jugendtag treffen sich 7.30 Uhr „Kaulbachhof", Kaulbachstraße.

Jung-Spartakus-Bund.

Alle Gruppen rüsten zur internationalen Arbeiterkinderwoche vom 30. August bis 4. September, sowie zur Teilnahme am Internationalen Jugendtag am 5. September in Bautzen.

Mittwoch, den 25. August:

Altstadt. Treffen abends 5.30 Uhr bei Mileks.

Roter Frontkämpferbund.

Donnerstag, den 26. August:

Heidenau. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Restaurant „Zur Börse". Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Rote Jungfront.

Donnerstag, den 26. August:

Abteilung 4. Abends 8 Uhr in der „Wachtelschänke": Einführungsabend. Erscheinen in Uniform ist Pflicht.

Proletarische Freidenker.

Donnerstag, den 26. August:

Pannewitz und Umgegend. Abends 8 Uhr im Gasthof Pannewitz: Vortrag des Genossen Döllen über: „Die Religion als Objekt des Priesteregoismus".

Verein der Freidenker für Feuerbestattung

Sonntag, den 29. August:

Radeberg. Vormittags 8—9 Uhr: Flugblattverteilung („Reichskrone"). Die Zahlstelle erwartet restlose Beteiligung aller Genossen.

Rote Hilfe

Freitag, den 27. August:

Zentrum. Abends 7.30 Uhr in den „Annensälen" (kl. Saal): Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Gen. Rechtsanwalt Dr. Helm. 2. Organisatorisches.

Erwerbslose des Bezirks Pirna. Donnerstag, 26. August, vormittags 10 Uhr: Versammlung im Volkshaus. Bericht der Delegation über die Sachsenkonferenz.

Theater am Wasaplatz

Allabendlich

Die tolle Komteß

Operette in 3 Akten von Bernauer und Schanzer

Musik von Walter Kollo

Beginn wochentags 8.10 Uhr Sonntags 8 Uhr

Tymians Thalia-Theater

Täglich 8 Uhr

Das einzige wirkliche Volkstheater Dresdens

Vorzugskarten außer Sonntags gültig

MIFA

das anerkannte Qualitäts-Fahrrad

empfiehlt

WILLY HETZER, Stephanienstraße 46

ACHTUNG!

Sommer- und Kinderfest der Roten Hilfe Deutschlands, Ortsgr. Groß-Dresden

Sonntag, den 29. August 1926 im Gasthof zu Borsdorf

Ueberraschungen für Jung und Alt, Lotterie, Radfahren, Topfschlagen, Lampionumzug u. a. m. Im Garten und im Saale Musik.

Treffpunkte der einzelnen Bezirke:

Dresden-Neustadt-Ost: 1 Uhr Königsbrücker Platz

Dresden-Neustadt-West: 1.30 Uhr am Wilder Mann

Dresden-Altstadt: 1 Uhr am Bischofsplatz (Neustadt)

Es ist erwünscht, daß die Bezirke in ihrem Bereiche stellen und geschlossen zum Hauptstellplatz (Wilder Mann) marschieren. Von da aus mit Marschmusik (Schalmeienkapelle des RFB Dresden-Gittersee) nach Borsdorf. Für die Ortsgruppen [illegible] kommt die Straßenbahnlinie 7 in Frage, bis zum Bischofsplatz. Für die Ortsgruppen Leuben, Laubegast, Zschachwitz und Dobritz Linie 17 bis St.-Pauli-Friedhof. Die Ortsgruppen der Lößnitzortschaften, Lausa, Ottendorf-Okrilla, Radeberg usw. treffen um 2 Uhr in Borsdorf ein. Ein jeder bringe seine Freunde und Bekannten mit.

Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Festausschuß

UHREN

Reparaturen jeder Art solid, schnell u. billigst unter Garantie

Ernst Rähmisch, Uhrmachermstr. Dresden-Altstadt, Wettinerstraße 7

Mifa — Urania u. Spezial-Fahrräder - günst. Bedingungen, billige Preise

Lehmann, Tharandter Str. 72

Spezialdruck: Plakate

Die Peuvag druckt alles

Dresden-A. Güterbahnhofstraße

Musikinstrumente

Martin-Fanfaren, Trommeln, Trompeten, Reparaturen billigst

Lorenz Dresden-Altstadt, Lüttichaustraße 5, Telephon 10129

Grüne **Haselhuhn-Heilsalbe** gegen **Knochenfraß**

Knochenhautentzündung, skrofulöse Ausschläge, offene Wunden, Beinschäd. aller Art

Erhältlich in den Apotheken. Wenn nicht, Versand durch Luisen-Apotheke, Schandauer Straße 43

Wo?

kaufen Sie jetzt Ihre Monatsgarderobe von Kopf bis Fuß, wenig getragen, billigst. In Pirna, Niedere Burgstr. 3 bei

B. Złoczower

Empfehle

Ia Görlitzer Molkereibutter seit 30 Jahren Alleinverkauf

Ia Kleeblattbutter sowie sämtliche Molkereiprodukte zu billigsten Tagespreisen

Otto Biehrich, Pirna

Barbiergasse 19

Lange Straße 28

Werbt Leser für die Arbeiterstimme

SLUB Wir führen Wissen.

Nochmals die Plattform des Genossen Weber

Von Marxist

(Fortsetzung.)

Jetzt zur

Frage des sozialistischen Aufbaues

Ist dieser Aufbau möglich, bevor das Proletariat in anderen Ländern die Macht besitzt? Oder ist der Aufbau wegen Rückständigkeit des Landes unmöglich? Die Sozialdemokratie vertrat die letztere Meinung und vertritt sie auch jetzt (siehe auch Kautsky). Im Grunde genommen vertraten diese Meinung jene Genossen, welche im November 1917 in Rußland gegen den Aufstand waren und eine Koalition mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären propagierten. In eigenartiger Form vertrat Genosse Trotzki diese Meinung, der einerseits für die Diktatur des Proletariats war, andererseits die Behauptung aufstellte, daß ohne staatliche Hilfe des siegreichen westlichen Proletariats die proletarische Diktatur naturnotwendig unter dem Drucke des Bauern (die er früher als „konterrevolutionäre Verbündete der Bolschewisten" bezeichnete), zugrunde gehen wird. Dagegen war Lenin für den Aufstand und gegen die Auffassung Trotzkis. Jetzt wird diese opportunistische Einstellung neu aufgeputzt, und man glaubt, etwas Neues entdeckt zu haben!

Wenn bis zur siegreichen Revolution im Westen der sozialistische Aufbau unmöglich ist, dann soll also die russische Partei die Sowjetmacht vernichten und die Macht der Bourgeoisie zurückgeben. Ein sehr „revolutionärer" Vorschlag!

Wenn aber die Möglichkeit des Aufbaues heute besteht und die Erfolge vorhanden sind, so kann die Partei auch weiter arbeiten. Und wo — liebe „Kritiker" — besteht hier die Grenze? Eine solche besteht überhaupt nicht. Also: es wird viel besser sein, wenn Genosse Weber aufhört, den opportunistischen Quatsch immer wieder und wieder durchzukauen. Ueberlassen Sie diese Arbeit den sozialdemokratischen alten Kühen!

Eine andere Frage ist die des Tempos der Entwicklung: Die Sowjetunion wird natürlich viel rascher vorwärts marschieren, wenn sie die proletarische Hilfe in der Form der proletarisch-staatlichen Hilfe bekommen wird.

Wieder eine andere Frage ist die Frage der politischen Garantien des Aufbaues in Rußland. Es gibt jetzt keine feste Garantie gegen die Möglichkeit einer erfolgreichen kapitalistischen, bewaffneten Intervention. Eine solche Garantie liefert nur der Sieg der Proletarier in anderen Ländern. Aber das bestreitet auch niemand.

Soweit die Frage über den „Sozialismus in einem Lande", oder besser gesagt, über „die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in einem Lande".

Die Opposition in der KPdSU vertritt keineswegs den revolutionären Standpunkt. Sie vertritt den moschen Skeptizismus, der so große Furcht vor den Schwierigkeiten hat, daß er sogar die Aufgabe selbst und die Möglichkeit der Arbeit verneint. Deswegen — leider — hört man manchmal auch hier Töne, die einen sehr „anständigen" sozialdemokratischen Beigeschmack haben.

Ist es nicht besser für Revolutionäre, diesem Spiel ein Ende zu machen? Wir glauben: ja. Was meint der Genosse Weber?

II.

Die Frage der NEP

Wir haben gesehen, daß Genosse Weber zwar die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in einem Lande verneint (denn dahin geht ja die Reise), doch zieht er hieraus keine Konsequenzen. Diese Konsequenzen aber sind „Konsequenzen" sozialdemokratischer Natur. Verneinung der Möglichkeit, den Sozialismus in der Sowjetunion noch vor der siegreichen Revolution im Westen aufzubauen, bedeutet nichts anderes, als die gesamte Arbeit der KPdSU zu verneinen. Und wenn man die Sache gründlich durchdenkt, führt das auch zur Verneinung der Möglichkeit der proletarischen Diktatur, als dauernder Erscheinung. Manche Oppositionspropheten, diese Spezialisten der schwärzesten Prophezeiungen, haben schon entsprechende Thesen aufgestellt. Paul Levi aber hat dieses Amerika schon viel früher entdeckt...

So ähnlich steht es bei Weber mit der anderen Frage, nämlich mit dem Problem der NEP. Wir müssen aber leider feststellen, daß bei Genossen Weber in dieser Hinsicht eine noch schlimmere Konfusion herrscht.

In der Tat, was sagt hiervon die Resolution des Genossen Weber?

„Gegen die Uebertreibung der NEP, wie sie besonders kraß durch das geflügelte Wort „Bereichert euch!" signalisiert wurde, und in der Praxis z. B. durch die neue Landesgesetzgebung, im Warenaustausch, Freihandel usw., ihren Ausdruck findet.

Für die Beschränkung der NEP auf die ihr von Lenin gestellten Aufgaben."

So sind die Parolen von Weber.

Hier bitten wir um die Erlaubnis, eine ganz allgemeine Bemerkung zu machen. Unsere Partei ist zum Unglück an Diskussionsmethoden gewöhnt worden, auf die man sagen kann: „Wo die Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein." Man hat es sich abgewöhnt, die Probleme sorgfältig zu studieren. Man hat aber gelernt, ganz „geschickt" mit Schlagworten zu manipulieren, ohne manchmal darüber nachzudenken, was eigentlich hinter diesen Worten steckt. Manche haben sogar die elementarsten Forderungen vergessen, die an den ernsten Politiker zu stellen sind. So z. B. hat Ruth Fischer ihre eigene Geographie, nach der Kißingen in Berlin und in Wien liegt; sie hat ihre eigene marxistische Wissenschaft, deren Praxis besonders prachtvoll in den Fraktionsversammlungen blüht; sie hat ihren eigenen Nachrichtendienst, wonach in der Sowjetunion der zehnstündige Arbeitstag eingeführt ist; sie hat ihre eigene „Politik", die behauptet, daß im proletarischen Staate sich die „Reaktion" befestigt, usw. Nun ja. Die Genossin Fischer ist nicht ernst zu nehmen. Sie ist eine politische Libelle der Art, die schon dem alten ironischen Dichter bekannt war:

„Die Fabel ist japanisch;
Doch auch in Deutschland, liebes Kind,
Gibt es Libellen, und sie sind
Gar sehr perfid und satanisch."

Die Zirkusspiele der Genossin Ruth Fischer sind wirklich nicht ernst zu nehmen. Viel schlimmer ist es aber, wenn Arbeiter vom „konsequent sozialistischen Typus", wie Genosse Weber, in dieses Fahrwasser der Leichtfertigkeit und Oberflächlichkeit geraten. Das ist dann schon eine wirklich ernste Gefahr.

Jetzt zur Frage selbst. Genosse Weber ist „für die Beschränkung der NEP auf die ihr von Lenin gestellten Aufgaben". Das ist ein ausgezeichnetes „Für", und wir stimmen dieser Parole vollständig zu, ebenso wie die Mehrheit der KPSU. Aber warum vertuscht Genosse Weber den Hauptkonflikt in der russischen Partei in dieser Frage? Und warum sagt er nichts darüber, welche „Aufgaben" Lenin ihr (das heißt der NEP) stellte? Darin besteht doch gerade das ganze Problem!

Also, in der Tat, welche Aufgaben wurden der NEP von Lenin gestellt?

Es unterliegt für uns keinem Zweifel, daß auch hier die Endaufgabe der Sieg des Sozialismus, der Sieg des Proletariats ist. Nach Lenins Auffassung ist die NEP (im Anfangsstadium) ein Rückzug, dann Reorganisierung der proletarischen Reihen (neue Gesetze des Kampfes, Abschaffung des Kriegskommunismus, Kampf unter den Bedingungen der Marktverhältnisse usw.); dann eine ökonomische proletarische Offensive (ständige und wachsende Vergrößerung der Rolle der sozialistischen Elemente der Wirtschaft in der Gesamtwirtschaft des Landes). Schließt diese Offensive die NEP aus? Keineswegs! Umgekehrt: eben das ist der wichtigste Bestandteil der NEP. Der ganze Sinn des NEP-Manövers besteht gerade darin. Und gerade hierüber ging der Streit in der russischen Partei. Die Opposition hatte (und hat auch jetzt noch) die stärkste Tendenz, die NEP fast ausschließlich als Rückzug zu betrachten, als einen Rückzug, der bis zum proletarischen Siege in Westeuropa fortdauern wird.

Ist das der Standpunkt Lenins? Keineswegs! Es ist doch allgemein bekannt, daß schon zur Zeit der Konferenz von Genua Lenin die Parole herausgegeben hat: Den Rückzug einstellen!

Genosse Weber muß doch ganz ehrlich die Lage durchdenken: entweder anerkennt er die Erfolge des sozialistischen Aufbaues in den letzten Jahren, oder nicht.

Wenn er sie nicht anerkennt, wenn er glaubt, daß die sozialistischen Elemente nicht so rasch wachsen wie die kapitalistischen — so stellt er sich dadurch auf den sozialdemokratischen Standpunkt, weiter nichts. Denn: die Tatsache des wirtschaftlichen Wachstums überhaupt leugnet jetzt schon kein Mensch mehr. Im [illegible] „[illegible] aus Barcelona". Sogar diese Art von „Politikern" werden wahrscheinlich anerkennen, daß in der Sowjetunion die Wirtschaft, als Ganzes genommen, in raschem Anwachsen begriffen ist. Das spezifisch Sozialdemokratische (beziehungsweise Bürgerliche) besteht eben in der Behauptung, daß die allgemeinen wirtschaftlichen Erfolge in erster Linie den kapitalistischen Elementen zuzuschreiben seien, daß hingegen die Staatswirtschaft immer und ständig zurückgedrängt werde.

Jeder linksstehende Arbeiter soll den Genossen Weber fragen: **wodurch er sich in dieser Frage von den Sozialdemokraten unterscheidet.** Die Antwort muß klar und ehrlich sein.

Es ist interessant zu bemerken, daß der oben dargelegte Standpunkt nicht einmal der Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiter, sondern der Standpunkt der sozialdemokratischen Führerschaft ist. Die Arbeiterdelegationen sprechen eine andere Sprache. Verstehen Sie, Genosse Weber, was das eigentlich bedeutet?

Vielleicht aber schätzt die Sozialdemokratie die Lage in Rußland richtig ein? Vielleicht hat sie selbst recht in dieser Frage? „Rein theoretisch" gesprochen, darf man das Problem auch so stellen.

Aber erstens müßte man da widerlegen, z. B. die Ziffern, welche Bucharin in seiner Broschüre gegen Kautsky anführt. Versuchen Sie es einmal, werte Genossen!

Hier können wir noch folgendes hinzufügen: während der letzten Rede (4. Kongreß der Komintern) sah Genosse Lenin die Erfolge der russischen Partei darin, daß die Sowjetregierung imstande war, 20 Millionen Rubel der Industrie zur Verfügung zu stellen. Im nächsten Jahre beträgt die entsprechende Summe rund eine Milliarde.

Zweitens, wenn Genosse Weber doch anderer Meinung ist, **so muß er die prinzipielle Richtigkeit der sozialdemokratischen Einschätzung** offen anerkennen. Dann wird es wenigstens ganz klar sein, wo (rechts oder links) sich Genosse Weber in Wirklichkeit befindet.

Wir haben bedingt angenommen, daß Genosse Weber die sozialistischen Erfolge der Sowjetmacht (beziehungsweise der KPSU) verneint.

Nehmen wir jetzt an, daß er diese Erfolge anerkennt. Was würde das bedeuten?

Das wird seine Position vollständig zerstören. „Wie?" — wird man uns fragen. Sehr einfach. Denn:

1. Wenn man absolute und relative (das heißt, im Verhältnis zu den kapitalistischen Elementen) sozialistische **Erfolge anerkennt, anerkennt man hiermit die schon bestehende Offensive des Proletariats auf den Geleisen der NEP.**

2. Wenn man das anerkennt, anerkennt man **die Unrichtigkeit des oppositionellen Standpunktes** (die Bewertung der NEP fast nur als Rückzug).

3. Andererseits **anerkennt man damit die ökonomisch-technische Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in Rußland.**

Den letzten Punkt müssen wir besonders hervorheben. Die Erfolge des Sozialismus in der Sowjetunion bedeuten fortschreitendes Wachstum des Sozialismus in diesem Lande. Das ist klar wie die Sonne. Also:

Wenn die Sowjetunion z. B. in diesem Jahre die wirtschaftliche Bilanz mit einem Plus für den Sozialismus zieht, dann tritt sie in das nächste Jahr mit einer besseren Waffe in der Hand heran. Wenn wir die bessere Waffe haben, werden auch die Resultate dementsprechend bessere sein. Wir werden noch bessere haben. Und so weiter. Wieder die Frage: Wo besteht die Grenze (die ökonomische Grenze) für diesen Prozeß? Wir wiederholen nochmals: Es gibt keine solche Grenze. Anders steht die Frage der Garantie gegen eine **bewaffnete Intervention des ausländischen Kapitals.** Dagegen gibt es nur eine einzige Garantie — die internationale Revolution des Proletariats, wenigstens in einigen wichtigen europäischen Ländern. Und das wird ebenfalls von jedem anerkannt.

Also: was die Bewertung der Lage in Rußland betrifft, so kann es hier nur zwei prinzipielle Bemerkungen geben: entweder eine kommunistische, oder eine sozialdemokratisch-bürgerliche. **Einen „dritten" Standpunkt gibt es hier nicht.**

Die Verneinung der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues (sehr hübsche „Entdeckung" zum 10. Jahre der Diktatur!) ist mit der Verneinung der Offensive auf den Geleisen der NEP verbunden. Mögen die Russen ruhig auf ihrem Sitzfleisch sitzen und „warten", bis die Weltrevolution ausbricht ... Ach, was für ein „marxistischer", was für ein „leninistischer" Standpunkt ist doch dieses Geschwätz der alten Weiber beiderlei Geschlechtes! Ach, wie „links" sieht eine solche Ideologie aus!

(Fortsetzung folgt.)

Heute abend 8 Uhr in Freital

sprechen

Frank Ayres, Warwickshire (England) und
Dr. med. Schminke, M. d. L. (Dresden)

in einer öffentlichen Versammlung, einberufen von der Internationalen Arbeiterhilfe und der Kommunistischen Partei im „Sächsischen Wolf" über

„Der englische Bergarbeiterstreik"

Gestaltet diese Versammlung zu einer wuchtigen Solidaritätskundgebung! Erscheint in Massen!

Selbmann's Haferkakao Pfund 60 Pf. Grenadierstraße und Filialen

Der Kampf vor den Fabriken

Eine Erzählung von Alexander Abusch

(7. Fortsetzung)

Aus der erwartungsvollen Menschenmenge auf dem Platz, die immer mehr anwuchs, schlug ein gespannter Haß gegen das Rathaus. Tausende litten in diesem Augenblick das Unrecht, das sie knechtete, wach und bewußt, wie sonst in vielen Jahren keinen Augenblick . . . . .

Henkel und Beutner waren erschöpft, als es ihnen gelungen war, den Abmarsch der Demonstranten durchzuführen. Der Bürgermeister hatte die Zurückziehung der Polizei abgelehnt, mit glatten Worten von der Sicherung der Ordnung. Auch die Forderung der Freiküchen für die Streikenden hatte er mit Ausflüchten beantwortet.

Bei den Arbeitern und Arbeiterinnen stieg die Wut. Einzelne forderten den Sturm aufs Rathaus. Die Frauen rissen den Männern die Stöcke aus der Hand und schwangen sie: „Schlagt die Aussauger über die Köpfe, daß sie krachen!"

Henkel und Beutner redeten und redeten auf die Wütenden ein, bis sie sich allmählich zu einem Zug zusammenschlossen und ihren Abmarsch durchführten.

Die Menge zog mit vielen Rufen durch die Straßen in die Stadt zurück. Gruppen der Auswärtigen lösten sich los, die den Heimweg antraten.

Noch viele Stunden herrschte eine aufgeregte Bewegung in den Straßen, die der hereinbrechende Abend überschattete . . .

Kurz vor dem Beginn der Dunkelheit kam es zum ersten Zusammenstoß zwischen der Polizei und einigen Streikenden.

Aus dem Tor der Buntweberei fuhren plötzlich zwei geschlossene Wagen, wie sie zum Transport der fertigen Waren verwendet werden. Zwei Streikende hielten sie an, um ihren Inhalt zu kontrollieren. In den Kutschern erkannten sie Angestellte des Betriebes.

„Halt! Streikware im Wagen!"

Die Arbeiter fielen zornig den Pferden in den Zügel. Die Kutscher schwangen aber gegen sie ihre Peitschen.

Im gleichen Augenblick lösten sich die Verschläge auf den Wagen von innen her. Helme glänzten, geschwungene Gummiknüppel. Während die Peitschen den überraschten und wie angewurzelten Arbeitern ins Gesicht knallten, daß ihnen vor den Augen alles taumelte, sprangen die Uniformierten heraus und hieben auf sie ein.

Ein Arbeiter bekam einen Schlag über das wunde Gesicht, das ihm schon vorher die Hauttuberkulose zerfressen — dann einen zweiten über den Schädel, daß er wimmernd zusammenbrach.

Der andere Streikende, ein Dreißigjähriger von klotzigem Wuchs, erhielt einen Schlag über die linke Schulter. Mit einem Faustschlag unter die Kinnlade schlug er den Polizisten nach hinten zu Boden. Mit dem nächsten Hieb traf er ein Nasenbein und sprang dem Gegner an die Kehle.

Im Ringen schlugen die zwei Polizisten aus dem anderen Wagen auf ihn ein. Dann packten sie ihn und schleppten den sich Sträubenden ins Fabriktor, in ihre Wachstube.

„Du Hund, dich wollen wir es lehren!"

Von einem Fenster des Direktionsbureaus der Buntweberei beobachtete ein Chargierter der Polizei und der Fabrikbesitzer den gelungenen Ueberfall. Der Chargierte sagte stolz zu dem dicklichen Herrn: „Nicht wahr, ein famoses Husarenstückchen meiner Leute" und zufrieden, ein Liedchen summend, ging er ins wohleingerichtete Wachzimmer hinab. Da gab es die Fortsetzung des Bravourstückchens . . . .

Der zweite Zusammenstoß ereignete sich in der Hauptstraße der Stadt am Abend.

Eine drei Mann starke Polizeipatrouille schlenderte quer die Straße herauf. Der friedlich belebte Verkehr zwischen den erleuchteten Läden schaffte eine Stimmung, die den drohenden Aufmarsch des Tages vergessen ließ. Die Stadt zeigte ihr tägliches Abendgesicht.

Auf dem Gehsteig schoben einige junge Arbeiter, ohne Mantel und die Hände in den Hosentaschen, plaudernd und pfeifend an den Schaufenstern vorbei. Einer pfiff die „Internationale", nicht besonders laut.

Kaum hatte der Führer der Polizeipatrouille ihn gehört, lief er auf ihn zu und packte ihn an der Schulter: „Ruhe, du Lümmel!"

Der Junge blickte den Anschnauzenden schüchtern und erschrocken an.

Aber aus der Gruppe seiner Kameraden trat Fritz Elstein an den Polizisten heran. Die Hände in die Seiten gestemmt, mit seinem trotzigen Gesicht fauchte er den Patrouillenführer an: „Ha! Wer stört hier die Ruhe?"

Der Polizist war im Augenblick starr, da ihm der Haß dieser Leute so frech ins Gesicht geschrien wurde. Er packte Fritz: „Du Kommunistenlump! Du Großschnauze!"

Seine zwei Begleitleute hatten mit einigen Griffen Fritz wehrlos in der Mitte. Die Kameraden von Fritz standen mit ratlosen Gesichtern dabei. Sie fanden jedoch Unterstützung in einer Arbeiterfrau, die sich einmischte.

Sie hatte ein eingefallenes ältliches Gesicht und grünliche Augen, die jetzt brannten. Sie arbeitete auch in der Jute-A.-G. Mit einer energischen Gebärde stellte sie sich zwischen Fritz und die Polizisten, die ihn unwillkürlich losließen.

Mit hustender Stimme schrie sie die Polizisten an: „Ihr verfluchte Gesellschaft! Immer auf die Arbeiter! Schämt euch was! Hättet lieber ehrlich arbeiten lernen sollen und nicht das Prügeln! Was wollt Ihr von dem Jungen? Schämt ihr euch nicht, ihr elenden Leuteschinder! Ihr Pack! Ihr . . . Schämt euch was!"

Sie schrie, schimpfte und spuckte dem Patrouillenführer ins Gesicht. Dieser packte sie am Arm und schüttelte sie. Im Augenblick sammelten sich Zuschauer, die zuerst lachen wollten, dann aber drohende Ausdrücke gegen die Polizisten untereinander sagten.

Die drei Polizisten packten die Frau, die immer neue Schimpfworte fand. Ihre Stimme erstickte in einem Hustenanfall. Sie zerrte, wand sich und schrie weiter gegen ihre Fehler. Sie keuchte und schrie weiter.

Die drei schleppten sie die Hauptstraße hinauf. Ein Polizist schlug sie unterwegs mit dem Gummiknüppel auf den schreienden Mund, daß ihre Lippen platzten und ihr das Blut kam.

Wie ein Krampf aber schrie ihre arme Hustenstimme weiter, immer weiter: „Schin—der—knech—te!"

Die drohenden Ausdrücke gegen die Polizisten wurden jetzt laut und mischten sich in das quälende Schreien der Frauenstimme, die an die Häuser schrillte. Die Fenster und die Ladentüren öffneten sich neugierig.

Viele Menschen begleiteten mit zornigen Rufen die Polizeieskorte. Fritz Elstein war im aufgeregten Trubel unbeachtet untergetaucht. Er hörte die Stimme seiner Beschützerin verhallen und dachte erstaunt: „So sehen im wirklichen Leben unsere Schutzengel aus. Wie sonderbar!"

Später kam aus der Polizeiwache ein größerer Trupp von Polizisten, der die angesammelte Menschenmenge zerstreute.

(Fortsetzung folgt.)

C — Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter und Beamte in dem Verbreitungsbezirk Dresden — C

COSWIG

Johannes Heun
Spezialgeschäft für Herren- und Knaben-Bekleidung 21540

Roßschlächterei Alfred Bauer

Schuhreparatur in 1 Tag
Schuhbedarfsartikel und Lederausschnitte
Coswiger Lederhandlung
Max Ritter, Dresdner Straße 50

Molkerei Berger

DORA PANIG
Konfektion und Wäsche
Kurfürstenstraße 9

Anton Senger
Kaffee — Kolonialwaren — Spirituosen
Dresdner Str. 34 / Dresdner Str. 34

ADLER-DROGERIE
Coswig Bez. Dresden
Drogen, Farben, Sämereien

WEINBÖHLA

Zigarrenhaus Max Märtig
Selbstgekelterte Qualitäts-Fruchtweine, Obst, schwarze Johannisbeere und Erdbeere

Paul Zahn
Lebensmittel
Hauptstraße 56

Lebensmittel-Geschäft
Hans Lucas, Kaiserstraße 8a

August Reinhold
Herrenartikel, Weißwaren, Stoffe, Strumpfwaren, Wäsche

Modehaus zum Pfau
Ältestes Spezialgeschäft in Herren-, Damen- sowie Kinder-Konfektion

RADEBEUL

Oswin Händel
Schuhwaren, Reparaturen

Radebeuler Handelsgesellschaft
m. b. H. (Gollert)
Roggen- und Weizenmehle
Futtermittel aller Art

DIPPOLDISWALDE

Otto Schmidt
Fahrräder, Nähmaschinen
Reparaturwerkstatt

Sporthaus
August Leissner
Bekleidung, Sportartikel

Kurt Schreiber
Fleisch- und Wurstwaren

HAINSBERG

Kolonialwaren
Spirituosen — Weine
Paul Heinlein

Schuhwarenhaus
und Reparaturwerkstatt
F. Kreibner

Walther Franz
Haus- und Küchengeräte

KÖNIGSTEIN

Konfektion, Schuhwaren, Möbel in bequemen Ratenzahlungen
Nitzschmann
Am Bahnhof / Am Bahnhof

Hermann Hofmann
Milch-, Butterwaren- und Kartoffel-Handlung

NEU-SÖRNEWITZ

Max Richter
Kolonialwaren, Spirituosen, sämtliche Haus- und Küchengeräte

BERGGIESSHÜBEL

Otto Mautsch
Hut- u. Mützenlager, Manufakturwaren

SCHMIEDEBERG

Bruno Herrmann
Chemikalien, Farben, Drogen
Kolonialwaren

Otto König
Textilwaren
Konfektion

Curt Anker
Schuhwarenlager und Reparatur-Werkstatt

Molkerei- und Produktengeschäft
Arthur Henker

Möbel bei Gerhardt, Burgstraße

Lebensmittelhaus
Burgstraße 23
empfiehlt
Rauchfleisch, Geflügel-Fleischwaren, sowie alle anderen Fleisch-, Wurst- und Kolonialwaren

Hugo Dietrich
Leder-Handlung
Gerbergasse 15

Garderoben- u. Wäschegeschäft
Marie Schuster
Kaiserstraße 21, I

Richard Rüdiger
Kolonialwaren, Spirituosen
Tabak, Zigarren

Musikhaus Gustav Hädler
Marktstraße 1
empfiehlt
Musikinstrumente aller Art
Saiten — Musikalien

Kolonialwaren, Spirituosen, Tabak, Zigarren
Rudolf Thieme

Emil Glück Nachf.
Albin Göpfert
Kolonialwaren, Spirituosen

H. Augustat, Meißen-R.
Kerbellaer Straße
Seiten- u. Lederwaren-Haus

MEISSATAL

Café Heyde
Bäckerei, Konditorei, Weinschank
Angenehmer Aufenthaltsort

Max Minner
Kolonialwaren
Tabak / Spirituosen

MEISSEN

Trinkt Schwerter-Pilsner

Herrenbekleidung
R. Traumbonsch
Baderberg 5 / Baderberg 5

Central-Drogerie
Photo-Handlung
B. Knauth Nachflg.

W. Schüker, Görnische Gasse 4
Schuhwaren aller Art

Kaffee-Rösterei
Richard Weder
Meißen, Hahnemannsplatz 2

Schweizerhaus Meißen
Vereinszimmer, Gesellschaftssaal, Kegelbahn

Richard Bennewitz Nachf.
A. BENNEWITZ
Drogen — Sämereien
Fabrikstraße 2

Alpina-Uhren
Fritz Hähne

Siegfried Heinemann
Putz-, Manufaktur-, Weiß- und Wollwaren

Fahrräder, Motorräder
Reparaturwerkstatt
OTTO GRABS
Neugasse, Ecke Nicolaisteg

Kaufhaus Schocken
Vorteilhafteste Bezugsquelle für sämtliche Bedarfsartikel

Emil Dietrich Nachf.
Schuhmacherartikel
Schuhwaren aller Art

Cl. Paul, Inh. E. Schmidt
Modewaren / Spitzen

Molkerei Meißen
e. G. m. b. H.

Schuhwaren aller Art bei
Schuhhaus „Afrana“

Bramsch — 1860 — Korn
Liköre — Zigarren
Paul Fiedler, Kleinmarkt 4

TRIEBISCHTAL

Restauration König
Talstraße

Elektrische Anlagen jeder Art
Alfred Hirsch
Talstraße 76

Hüte, Mützen, Filzwaren, Herrenartikel
Albin Groß

Zigarrenhaus Schubert
Talstraße 25

WALTER RICHTER
Meißen-Triebischtal, Schützenstraße 5
Kolonialwaren

GROSS- und KLEIN-ZSCHACHWITZ

Alfred Helm, Fleischermstr.
empfiehlt
feine Fleisch- und Wurstwaren

Gasthof Groß-Zschachwitz
ARNO ALSCHNER

Zschachwitzer Mühle
empfiehlt
Mehl und Backwaren, sowie Ia Mehl- und Futtermittel

LEBENSMITTELHAUS
Arthur Prasser
Pirnaische Straße 15

Modewarenhaus M. Walter
Inh. Georg Oestreicher

HEIDENAU I und II

Molkerei Kempe
Bismarck-, Albert-, Dohnaische Straße
Tägl. frische Milch, Sahne, Butter und sämtliche Molkereiprodukte

Bernhard Wünsche
Fahrräder / Nähmaschinen
Große Reparatur-Werkstatt

Paul Leupold
Galanterie- und Kurzwaren, Haus- und Küchengeräte
Dresdner Straße 8 / Telephon 8040

Herren-, Damen- und Kinderbekleidung
Sport- und Arbeitsgarderobe
Modehaus Ehlig
Bahnhofstraße 10

Bäckerei, Konditorei, Café
Täglich frische Waren aller Art
Geöffnet bis 1 Uhr nachts
Ewald Benak u. Frau, Pirnaische Str. 64

Schuhwaren, Milchwaren, Frucht- und Gemüse-Konserven, Kartoffeln kauft man gut und billig bei
Robert Kretscher, Heidenau
Mühlenstraße 5 · Telephon 866

RABENAU

Stadt-Drogerie A. Heinisch
Drogen / Farben / Sämereien

Kolonialwaren, Spirituosen
Haus- und Küchengeräte
Moritz Claus

Paul Kleber
Fahrräder und Nähmaschinen
Elektr. Anlagen, Reparaturen

Lebensmittelhaus Alfred Gärtner

LANGEBRÜCK

Otto Kieback, Schuhwaren
Maß- und Reparatur-Arbeiten

RESERVIERT

Ernst Jurk
Lebensmittel, Drogen, Farben

Max Hildebrandt
Fahrräder / Nähmaschinen / Reparaturwerkstatt

BAD SCHANDAU

Max Riedel
Schuhwaren und Reparaturen

DOHNA

Gasthaus
„Zum Deutschen Schützen“
Empfiehlt seine Lokalitäten
Radfahrerstation

Otto Troblsch, Fleischermstr.
Fleischwaren zu konkurrenzlosen Preisen

KÖTZSCHENBRODA

Richard Tschirschwitz
Spedition u. Möbeltransport
Holz-, Kohlen- und Fourage-Handlung
Hauptstraße 49/50 · Telephon 162

Marie Heunl
TISCH-, LEIB-, BETTWÄSCHE
WOLLWAREN
Neue Straße 26

Georg Freie, Bäckerei
Rößiger Straße 6

Hermann Quasdorf
SCHNITT-, WOLLWAREN, BETTFEDERN
SCHUHE, TURN- und SPORTKLEIDUNG
Hauptstraße 11

R. Grosse's Restaurant
Bestgepflegte Biere

ZIGARRENHAUS
Oswald Schöttner

Schuhhaus Tittmann
Bahnhofstraße 8a
(Am Bahnhof)

Sie sparen
bei dem Einkauf der

Wäschefabrik
Paul Helz, Hohe Straße 7

W. BECKER
HERREN- und DAMEN-BEKLEIDUNG
Größtes Geschäft am Platze und Umg.
Bahnhofstraße 12b

Lebensmittelhaus Heibach
Lößnitzstraße 2

Germania-Drogerie
A. Steinbeck
Bahnhofstraße 13

Linoleum, Wachstuch, Läuferstoffe, Bettvorleger, Gummiwaren
Hermann Schackert

Hermann Lehnert, Bahnhofstr. 12
KOLONIALWAREN, ZIGARREN, ZIGARETTEN, WEINE
Spezialität: Gerösteter Kaffee

F. Hengebauer Nachf., Meißner Str. 3
Solide Schuhwaren aller Art

Leschke's Mastochsenschlächterei und Wurstfabrik
Fritz Leschke, Moritzburger Straße 17

ZITZSCHEWIG

CENTRAL-MOLKEREI
WOLDEMAR EICHLER
Kötzschenbroda: Bahnhofstraße 5
Zitzschewig: Meißner Straße 220

Palast-Theater
Vornehmste und schönste Lichtbildbühne der Lößnitz. Täglich Vorstell.
Anfang: Wochentags 8½ Uhr
Sonntags 5½ und 8½ Uhr

Bäckerei Kurt Büchner
Empfiehlt sämtliche Backwaren

Paul Naumann
Papier- und Schreibwaren aller Art, Mode- und Fachzeitschriften
Gartenstraße 18

Kinderwagen, Korbwaren, Kindermöbel, Holzwaren, Drechslerwaren, Turn- und Sportartikel, Spielwaren
Oskar Zieschang, Meißner Straße 91

Optiker R. Winkler
Spezial-Abteilung für
RADIO und PHOTOGRAPHIE

Fluß- u. Seefisch-Spezialgeschäft
Otto Müller
Rennerbergstraße 8

Julius Töpper, Uhrmacher
Moritzburger Straße 5
Stand-, Wand-, Taschenuhren

Molkerei O. Müller
Milch, Butter, Eier, Käse usw.
Lieferung frei Haus durch unseren Milchfahrer

BISCHOFSWERDA

Paul Hummel
Altmarkt
Schuhwaren-Haus
Eigene Reparatur-Anstalt

Gebr. Biesold, Ing.
Motorräder
Fahrräder, Rundfunkgeräte
Eigene Reparaturwerkstatt

SEBNITZ

Schuhhaus Hermann Dörr
Reparaturanstalt

Arthur Egert
Fahrräder, Näh- u. Wringmaschinen,
Reparatur-Werkstätte
Alle Ersatzteile

HÜTTEN

Gasthof zum Bielatal
Radfahrerstation
Großer Tanzsaal für Vereine

COPITZ

Gasthaus Felsenkeller
empfiehlt seine Lokalitäten

Nähmaschinen, Fahrräder nebst Zubehörteilen
Max Köhler
Hauptstr. 21

HOSTERWITZ

Clara Fischer
Lebensmittel — Zigarren

LEUBEN

Emil Zeibig Nachf.
Kolonialwaren, Drogen
Bahnhofstraße 25

KÖNIGSBRÜCK

Otto Hummel
Fahrräder, Nähmaschinen
Sämtl. elektr. Installations-Artik.

Max Frenzel
Kolonialwaren, Farben, Lacke, Pinsel
Weißbacher Straße 32

OBERODERWITZ

Emil Zähne
Kolonialwaren / Weine / Drogen
Kaffee-Großrösterei

Drogen — Farben — Chemikalien — Kolonialwaren
Karl Gustav Glathe

Manufaktur- und Modewaren
Damen- und Kinderkonfektion
Kurt Thomas
Amt Niederoderwitz 60

LEUBEN

Leubener Molkerei
E. Reiß, Bahnhofstraße 23
Täglich frische Milch, Butter und alle Molkereiprodukte

Weiß- u. Feinbäckerei
August Roeßler
Schulstraße 35 / Telephon Niedersedlitz 2015

Warenhaus Kurt Heinze
Dresden-Leuben
Bahnhofstraße 16
Erstes und ältestes Geschäft am Platze
Reichhaltige und gut sortierte Lager

LAUBEGAST

Lina Schneider
Hauptstraße 25
Webwaren / Wollwaren / Wäsche und Kurzwaren
Bekannte reelle und billige Bezugsquelle